



# **Jahresbericht**

---

# **Team Drop Out**



- 01** Einleitung | 2
- 02** Obdachlosigkeit in Zeiten von Krisen | 3
- 03** Bundesweite Fachtagung Erwachsenen-Streetwork FEST18+ in Dresden | 8
- 04** Team Drop Out Focus | 9
- 05** Team Drop Out Mitte | 14
- 06** Team Drop Out Neukölln | 19
- 07** Team Drop Out Xhain | 25
- 08** Überregionales Clearing & "Dispatching" | 32
- 09** Vernetzung & Gremien | 34
- 10** Statistik | 35
- 11** Ausblick 2023 | 48
- 12** Allgemeine Angaben | 50

# 01

## Einleitung

2022 war auf vielen Ebenen ein ereignisreiches Jahr im Bereich der Wohnungslosigkeit. Trotz langsamer Lockerungen im Zuge der Pandemie kehrte keine Entspannung ein. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste Fluchtbewegung und Inflation machten sich deutlich in der Straßensozialarbeit bemerkbar. Daneben spielten auch weiterhin der Wohnraumangel und die Folgen des Klimawandels, die unsere Adressat:innen zu spüren bekommen, eine große Rolle in unserer täglichen Arbeit.

Der vorliegende Bericht beschreibt unsere Aktivitäten im Jahr 2022 und beleuchtet die Arbeit mit erwachsenen obdach- und wohnungslosen Menschen der einzelnen Drop Out-Teams in den unterschiedlichen Regionen.



# 02

## Obdachlosigkeit in Zeiten von Krisen

Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Die sich wechselhaft beeinflussenden verschiedenen globalen und regionalen Krisen haben Auswirkungen auf die Situation aller Menschen. Jene ohne Zuhause, häufig ohne festes Einkommen und immer wieder auch ohne Krankenversicherung, mit gesundheitlichen Problemlagen und/oder in persönlichen Krisen, trifft diese historische Situation jedoch besonders stark. Bis auf wenige Ausnahmen, denn Krisen bringen auch manchmal Reaktionen und Impulse für Neues und Gutes, ist die Tendenz für die Menschen auf der Straße aber klar: Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich. Als Streetworker:innen sind wir gefordert, flexibel zu bleiben, und sind in der reaktiven Arbeit oft selbst im Krisenmodus.

### Corona

Das Jahr 2022 war das dritte in der Corona-Pandemie. Für obdachlose Menschen galt insbesondere im ersten Halbjahr: Maskenpflicht in vielen halböffentlichen Bereichen, eingeschränkte Zugänge zu diversen Hilfsangeboten, Testpflichten, Erkrankungen ohne ausreichend Möglichkeit für die eigene Isolation, Regeneration und Genesung, geringere Zuverdienstmöglichkeiten durch weniger Tourist:innen und andere Passant:innen in der Innenstadt sowie erschwerte Zugangsbedingungen zu Ämtern etc. Das Impfchaos vom Herbst 2021 zog sich leider bis weit in das Frühjahr 2022 hinein. Es gab viele Unklarheiten im Umgang mit verlorenen Nachweisen sowie der Nachvollziehbarkeit, wer wann mit welchem Impfstoff geimpft wurde. In der Folge wurden obdachlose Menschen teilweise vier- oder fünfmal geimpft. Andere haben die dritte Auffrischungsimpfung nie erhalten, da sie das Durcheinander an

Informationen und die fehlenden Nachvollziehbarkeit etc. überforderten. Sie entschieden sich im Zweifel gleich gegen jede weitere Auffrischungsimpfung.

Waren 2020 und 2021 obdachlose Menschen zumindest bei der Bekämpfung und Eindämmung von Corona auch im Fokus der Gesundheits- und Sozialpolitik, erhielten also auch ohne Leistungsanspruch und Krankenkassennachweis selbstverständlich Impfungen, teilweise Masken etc. kostenfrei, ist und bleibt die Realität außerhalb und mit dem Auslaufen der Pandemie insgesamt wie zuvor: Menschen ohne Krankenversicherung haben keinen Zugang zum allgemeinen Gesundheitssystem außerhalb der Notversorgung und der wenigen karitativen Angebote in Berlin. Dies verstößt aus unserer Sicht gegen Grundrechte. Menschen haben ein Recht auf Gesundheit und müssen unabhängig von ihren Leistungsansprüchen Zugang zum gesamten Gesundheitssystem haben!



**71%**

unserer Adressat\*innen  
sind wohnungslos.

## **Wohnungsmarkt**

Die Wohnraumknappheit und stetig steigenden Mieten in Ballungsgebieten, wie in Berlin, bei gleichzeitig wachsender Nachfrage im niedrigeren Mietensegment haben massiv Auswirkungen auf Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen. Für unsere Adressat:innen bedeutet dies umso mehr: Wer einmal wohnungslos ist und kein oder nur ein geringes Einkommen hat, hat kaum eine Chance, kurz oder mittelfristig wieder in eine eigene Wohnung in Berlin zu ziehen. In der Regel verbleibt ein größerer Teil der Betroffenen, auch mit Leistungsansprüchen und dem Willen, wieder eine eigene Wohnung beziehen zu wollen, in der Wohnungslosigkeit. Massenunterkünfte und/oder andere oft unzureichende Unterbringungsformen sind die Realität für jene, die zwar nicht (mehr) obdachlos, aber wohnungslos sind. Wer dauerhaft zwischen Notunterkünften der Kältehilfe, ASOG-Unterbringungen, Wohnheimen etc. wechselt/wechseln muss oder es dort nicht länger aushält, zieht im Zweifel weiterhin das Leben auf der Straße vor.

In den Corona-Wintern entstanden die ersten ganzjährigen 24/7-Unterkünfte, auch für Menschen ohne Leistungsansprüche und mit sozialarbeiterischer Begleitung. Dies sind kleine Lichtblicke, von denen wir mehr und diese langfristig finanziert benötigen. Besonders Menschen ohne Leistungsansprüche aus EU- und Nicht-EU-Staaten haben sonst keine Chancen auf eine längerfristige Unterbringung und damit auch keine weiteren Möglichkeiten, in der Bundesrepublik in das Hilfesystem zu kommen und/oder beruflich Fuß zu fassen. Dennoch lösen aber auch die 24/7-Unterkünfte das grundsätzliche Problem nicht. Der Zugang zu regulärem Wohnraum bleibt den meisten Menschen, mit denen wir arbeiten, verschlossen. Wir setzen uns deshalb für ein Housing-First-Prinzip für alle und jede:n und eine Wohnungspolitik ein, die auf Bundes- und Landesebene regulierend im Sinne der Ärmsten handelt. Die Situation, dass das Land Berlin und seine Bezirke für teilweise qualitativ schlechte ASOG-Unterkünfte oft mit kleinsten Einzel- oder Mehrbettzimmern meist deutlich über 20 und in besonderen Fällen sogar 70 Euro pro Tag bezahlen, bedeutet, dass monatlich Kosten pro Person von weit über 600 bis zu 2.000 Euro entstehen.<sup>1</sup> Hiermit könnten auf dem Wohnungsmarkt sogar recht komfortable Wohnungen gemietet werden.

## Krieg, Flucht, Inflation und Energiekrise

Der Krieg in der Ukraine führte ab Februar 2022 zur größten Fluchtbewegung innerhalb Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Innerhalb kürzester Zeit kamen bis Herbst 2022 insbesondere am Berliner Hauptbahnhof zehntausende Menschen an, darunter viele Frauen mit Kindern.<sup>2</sup> Die Situation führte in Teilen dazu, dass wohnungslose Menschen sich, trotz anfänglich großem Verständnis für die ukrainischen Geflüchteten, sehr schnell nochmals mehr an den Rand gedrängt fühlten.

Die politische Entscheidung, ukrainischen Geflüchteten einen besonderen Status und den schnellen Zugang zum regulären Sozialsystem mit Arbeitserlaubnis in Deutschland zu ermöglichen, sowie die Fokussierung vieler Träger der Sozialen Arbeit auf die Unterstützung dieser Gruppe führten bei nicht wenigen unserer Adressat:innen zu zusätzlicher Unzufriedenheit und stärkte in Teilen leider auch gruppen-

bezogene menschenfeindliche Tendenzen bei Adressat:innen. Die von ihnen real direkt oder gefühlt indirekt erlebte Konkurrenz um Hilfen bei der Unterbringung, in den Kleiderkammern, bei Essensangeboten etc. und die Ungleichbehandlung beim Zugang zum Hilfesystem hatten zu weiteren Vorbehalten gegenüber Politik und zu einer Spaltung unter verschiedenen Gruppen geführt, mit denen wir uns immer wieder auf der Straße auseinandersetzen müssen. So zum Beispiel waren die ohnehin schon personell unterbesetzten Wohnhilfen der Bezirke zu einem erheblichen Teil mit der Unterbringung geflüchteter Menschen beschäftigt.

Wir setzen uns für den gleichen Zugang zu den sozialen Systemen für alle Menschen ein, die sich langfristig in Deutschland aufhalten. Die stetige Ungleichbehandlung von Menschen anhand unterschiedlicher Herkunft, sozialer oder ethnischer Hintergründe etc. ist eine Realität, die wir nicht akzeptieren, mit der wir aber täglich arbeiten müssen.



In der Folge des Krieges, und der getroffenen politischen Entscheidungen gegenüber Russland als Reaktion, kam es sowohl zu einer Verknappung und Verunsicherung im Energiesektor als auch zu einer insgesamt massiv steigenden Inflation ab Frühjahr 2022. Die steigenden Preise trafen und treffen unsere Adressat:innen besonders hart. Einkünfte durch Betteln, Zeitungsverkauf etc. sind erschwert, da viele Menschen, die etwas mehr haben, nun selbst schauen, wie sie ihr Geld zusammenhalten können. Somit wird weniger an unsere Adressat:innen abgegeben bzw. gespendet. Die gestiegenen Preise für Lebensmittel und anderen Dingen des täglichen Bedarfs treffen Menschen mit geringem Einkommen existenziell. Kamen Leistungsempfänger:innen schon vor dem Krieg in der Ukraine an ihre finanziellen Belastungsgrenzen, ist die Realität nun, dass es selbst für das Nötigste nicht mehr reicht. Gleichzeitig stiegen mit der Inflation natürlich auch die Kosten von sozialen Trägern und karitativer Angebote – es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen dies auf unsere Adressat:innen haben wird.

In dieser Situation hat die Politik mit einmaligen zusätzlichen Zahlungen versucht, die ärmsten Menschen in Leistungsbezug zu unterstützen. Nur bleiben die Preise langfristig höher und eine Erhöhung des Regelsatzes um 50 Euro, das ab 2023 zum Bürger:innengeld umgewandelte ALG II, reicht auch dann nicht für eine soziale und kulturelle Mindestteilhabe. Zudem hat ein großer Teil unserer Adressat:innen gar kein reguläres und regelmäßiges Einkommen sowie keinen Zugang zum ALG II respektive Bürger:innengeld.

## Klimawandel

Dass auch der Klimawandel für Menschen ohne Obdach und in unserer Arbeit als Streetworker:innen eine zunehmende Herausforderung ist, zeigte der Sommer 2022 wieder eindrucksvoll. Bei Temperaturen zwischen 30 und 40 Grad sind Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser, kühlen Räumen, schattigen Plätzen, möglicherweise ohne passende Kleidung und/oder mit Suchterkrankungen gesundheitlich besonders gefährdet. Unsere Arbeit ändert sich unter solchen Bedingungen massiv – Beratungen sind bei Extremtemperaturen und diversen anderen Extremwetterereignissen auf der Straße oft nur noch sehr eingeschränkt möglich. Der Fokus verschiebt sich dann häufig auf Akuthilfe: Wasserversorgung, Verteilen von Sonnencreme, Hinweise, sich zu schützen und schattige Orte aufzusuchen usw. Der Berliner Senat regierte in Form der Hitzehilfe und stellte zusätzliche Mittel bereit, die aber erst recht spät ihre Wirkung entfalten konnten.

Nach der Kältehilfe ist vor der Hitzehilfe und umgekehrt.

Ob sich das Wetter in Zeiten des Klimawandels an die Zeiten der jeweiligen politischen Entscheidungen Nothilfen hält, das ist zumindest fraglich. Im Zweifel sind diese Angebote in Teilen entweder zu spät oder zu früh, verfehlen oder decken nicht den Bedarf in der jeweiligen Situation. Notversorgungen lösen die Probleme nicht, sie sind auch nicht Teil eines langfristigen Konzepts der Anpassung an die (neue) Realität der stetigen Krisen. Wir benötigen dauerhaft und über das gesamte Jahr finanzierte Hilfsstrukturen, die je nach Bedarf, auch in Bezug auf das Wetter, reagieren und ihr Angebot anpassen können. Wir benötigen wettergeschützte Orte für alle und überall in der Stadt, die sowohl vor extremer Hitze als auch vor Kälte und Niederschlägen sowie Wind schützen. Wir benötigen den Ausbau kostenfreier Zugänge zu Trinkwasser sowohl in den heißen als auch kalten Tagen.

## Das 9-Euro-Ticket – ein kurzer Lichtblick

Als Reaktion auf die Energie- und Klimakrise wurde u.a. für drei Monate im Sommer 2022 ein sehr günstiges und niederschwelliges, für alle Menschen deutschlandweit nutzbares Nahverkehrsticket eingeführt.

Das Ticket führte bei einem Großteil unserer Adressat:innen dazu, dass sie alle wesentlichen Verkehrsmittel regulär nutzen und dadurch echte Teilhabe erfahren konnten. Das Ticket ermöglichte angstfreies Fahren – ohne Kontrollen, ohne Strafen befürchten zu müssen – und an heißen Tagen z.B. auch mal eine weitere Strecke an einen See fahren oder Freund:innen in anderen Regionen besuchen zu können.

Zudem konnten die Menschen nun von einem zum anderen Amt fahren und Hilfsangebote erreichen, ohne jeweils wieder ein neues Ticket besorgen zu müssen. Das 9-Euro-Ticket war unter unseren Adressat:innen weit verbreitet. Wir unterstützten sie bei der Beschaffung. Leider lief dieses Angebot Ende September wieder aus. Alle folgenden Angebote, auch die kurzfristig vergünstigten Sozialtickets für 9 Euro, die regulären 29-Euro-Tickets im AB-Bereich Berlin oder das voraussichtliche 49-Euro-Ticket für Deutschland ab kommenden Mai 2023 können nicht mit der positiven Wirkung für unsere Adressat:innen mithalten.

Menschen, die kein Konto und kein regelmäßiges Einkommen haben und/oder illegalisiert in Deutschland leben, werden kein Jahresabo abschließen können. Mit dem befristeten 9-Euro-Sozialticket kommen Menschen nicht mehr aus Berlin heraus. Die hohe Zahl derer, die wegen Fahren ohne Fahrschein am Ende in eine JVA müssen, bleibt so weiterhin erhalten.

So bleibt die Erfahrung, dass Krisen auch zu Ideen führen können, die unseren Adressat:innen unmittelbar positiv zu Gute kommen. Leider sind diese dann aber oft nicht von Dauer oder werden längerfristig wieder zu einem Angebot, von dem unsere Adressat:innen ausgegrenzt werden bzw. zu dem ihnen der Zugang erschwert wird.

**Wir wünschen uns, dass obdachlose, finanziell ärmere und illegalisierte Menschen bei allen politischen Entscheidungen und gesetzlichen Vorhaben mitberücksichtigt werden und keine neuen Barrieren für deren Teilhabe entstehen. Wir wünschen uns Tickets, die bar bezahlbar und für alle nutzbar bleiben.**

unserer Adressat\*innen  
haben kein Einkommen.

41%  
30%

erhalten Leistungen  
nach SGB II, ALG II  
oder Sozialgeld.



# 03

## Bundesweite Fachtagung Erwachsenen-Streetwork FEST18+ in Dresden

Die Entwicklungen während der Pandemie in den letzten beiden Jahren haben ganz allgemein Defizite und Engstellen im regulären Gesundheitssystem offengelegt und gleichzeitig zu einer Zunahme an psychischen Erkrankungen in der Bevölkerung geführt. In besonderem Maße hat sich dies auch im Bereich der Obdachlosenhilfe gezeigt: Bereits schon vor der Pandemie nur unzureichend bestehende gesundheitliche und psychiatrisch/psychologische Versorgungssysteme für wohnungslose Menschen wurden durch die Coronabeschränkungen weiter beschnitten. Medizinische Angebote, aber auch Tagestreffs, Essensausgaben usw. arbeiteten nur eingeschränkt, Öffnungszeiten wurden verkürzt und Zugangsbarrieren erhöht, was sich neben den konkreten Gefahren der Pandemie zusätzlich negativ auf die Gesundheit und psychische Verfassung der Adressat:innen auswirkte und auch die Straßensozialarbeit vor Herausforderungen stellte. Kontaktaufnahme und Beziehungsarbeit als elementare Teile der Streetwork gestalteten sich im Umgang mit teils psychotischen Adressat:innen deutlich schwieriger.

Vor diesem Hintergrund lag der Fokus der diesjährigen Fachtagung auf dem Thema Gesundheit. Nach drei Jahren pandemiebedingter Ausfälle bzw. Onlineveranstaltungen fand im September 2022 die bundesweite Fachtagung Erwachsenen-Streetwork FEST18+ endlich wieder in Präsenz statt. Als Partner:innen konnten in diesem Jahr Kolleg:innen aus Dresden gewonnen werden. In Kooperation zwischen Gangway, der Caritas Hamburg und Safe Leipzig/Dresden wurde die Fachtagung in der Sächsischen Landeshauptstadt organisiert.

In verschiedenen Workshops ging es um Themen wie den Umgang mit Eigen- und Fremdgefährdung von psychisch auffälligen Adressat:innen sowie um die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen sozialarbeiterischen Handelns in Anbetracht der prekären gesundheitlichen Situation vieler obdachloser Menschen. Eingebettet war die Fachdiskussion zudem in Verweise auf die kapitalistischen Rahmenbedingungen des politischen Systems, in dem wir als Streetworker:innen agieren.

# 04

## Team Drop Out Focus

Im Jahr 2022 wurde die Straßensozialarbeit des Teams in den Bereichen Bahnhof Zoo und Ostbahnhof sowie der jeweiligen Umgebung fortgesetzt. Beide Orte sind seit einiger Zeit durch Umbauarbeiten gekennzeichnet, wodurch es zu einer Verringerung des Platzangebotes kommt. Dies hat teilweise Auswirkungen auf die Aufenthaltsorte obdachloser Menschen.

Mitte des Jahres konnte nach längerer Zeit ein neuer Kollege eingestellt werden, womit das Team nun wieder zu dritt voll besetzt ist.

### **Bahnhof Zoo**

Sowohl in der Lebensstraße als auch am Hardenbergplatz gibt es Baustellen. Dies und durch Personalmangel verursachte eingeschränkte Öffnungszeiten der Bahnhofsmission haben dazu geführt, dass der Bahnhof im Jahr 2022 nicht mehr so stark von obdachlosen Menschen genutzt wurde wie in den Vorjahren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dies nur ein vorübergehender Zustand ist.

2022 gab es auf Initiative des Sozialstadtrates Herrn Arne Herz Treffen zwischen Vertreter:innen der Wohnungslosenhilfe und dem Sozialamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Hierbei geht es zunächst um eine Bedarfsanalyse im Bezirk, vorwiegend in den Bereichen Bahnhof Zoo und Stuttgarter Platz (S-Bahnhof Charlottenburg). Außer Gangway waren Vertreter:innen des Seelingtreffs (GeBeWo), Karuna, Fixpunkt und der Stadtmission als freie Träger

involviert. Der Bezirk möchte für ein Projekt finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um obdachlose Menschen zu unterstützen. Diese Treffen werden 2023 fortgesetzt.

### **Ostbahnhof**

Zu Beginn des Jahres verstarben am Ostbahnhof mehrere obdachlose Menschen, mit denen wir als Streetwork-Team seit vielen Jahren in Kontakt waren. Obwohl die Todesursachen medizinisch betrachtet unterschiedlich waren, ließ sich feststellen, dass es letztendlich eine Folge des jahrelangen Lebens auf der Straße war. Nach wie vor sind die Barrieren zu weiterführenden Hilfen für viele Menschen zu hoch bzw. bestehende Angebote nicht passend oder nicht in ausreichender Anzahl vorhanden. Speziell Menschen ohne Sozialleistungsansprüche sind nach wie vor unterversorgt, aber bei den genannten Todesfällen handelte es sich um deutsche Staatsbürger:innen.

Sehr intensiv begleiteten wir eine Gruppe obdachloser Menschen, die in einem kleinen Camp in der Nähe des Bahnhofs lebt. Der Ort, an dem sich die Personen aufhalten, ist eine Grünfläche, die günstig gelegen ist, da sich keine bewohnten Gebäude in unmittelbarer Nähe befinden und somit wenig Konfliktpotential vorhanden ist. Das Grünflächenamt hat sich dazu entschlossen, die Gruppe an diesem Ort zu tolerieren, hat ein Dixi-Klo zur Verfügung gestellt und ist in Kontakt mit den Adressat:innen. Als Bedingung hat man den

Camp-Bewohner:innen auferlegt, dass die Gruppe nicht wachsen sollte und dass eine Vermüllung unterbleibt. Es gibt Absprachen mit der BSR, dass die Gruppe große Müllbeutel an den Rand eines Gehweges stellen kann und diese dann entsorgt werden. Durch die vorübergehende Sicherheit vor einer Räumung haben sich innerhalb der Gruppe sehr positive Dynamiken ergeben. Die Menschen unterstützen sich gegenseitig und achten aufeinander. Zudem identifizieren sie sich mit „ihrem Platz“, übernehmen Verantwortung dafür und müssen untereinander Absprachen für das Zusammenleben treffen und diese umsetzen. Diese Gegebenheiten sorgen auch für die Einzelnen für positive Veränderungen. Speziell die sozialen Kontakte innerhalb der Gruppe und die Übernahme von Verantwortung haben erheblich zu einer Verbesserung der psychischen Verfassung beigetragen. Dass dieses Camp so beispielhaft funktioniert, hat verschiedene Ursachen. Eine Grundvoraussetzung dafür war, dass die Gruppe sich selber gefunden hat und nicht von außen zusammengesetzt wurde. Außerdem hat sich die Gruppe den Ort selbst ausgesucht und bestimmt, bis auf die wenigen Vorgaben des Grünflächenamtes, die Regeln für ihr Zusammenleben autark. Gerade die Prozesse, die wir hier beobachten konnten, scheinen der Straßensozialarbeit wegweisend für weitere in Berlin geplante Projekte.

In den letzten Jahren gab es verstärkt eine Diskussion um sog. Safe Places, Common Places bzw. Rest Areas. Auch im Masterplan 2030 sind die Safe Places als ein Baustein zur Überwindung von Obdachlosigkeit genannt. Betrachtet man die gerade beschriebenen Voraussetzungen für die positiven Effekte der Gruppe am Ostbahnhof und gleicht diese mit den derzeit vorliegenden Konzeptionen für Safe Places ab, stellt man fest, dass es hier eine erhebliche Diskrepanz gibt. Die derzeitigen Konzeptionen, die vorwiegend in Neukölln und in Friedrichshain-Kreuzberg zeitnah umgesetzt werden sollen, setzen weitaus weniger auf Selbstbestimmung und haben eine Vielzahl ordnungspolitischer Aspekte im Fokus. Weder können die Menschen eines Safe Places sich

als Gruppe selbst konstituieren, noch können sie sich den Ort aussuchen. Auch die Regeln für den Platz gestalten die Bewohner:innen nicht selbst, sondern diese werden von außen vorgegeben. In den genannten Bezirken ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Verein Little Homes e.V. angedacht, der obdachlosen Personen 3,2 qm kleine, aus Euro-Paletten gebaute mobile Hütten zur Verfügung stellt. Obdachlose erhalten durch den Verein diese Behausungen als Geschenk unter einer Reihe von Auflagen. Bei Verstoß gegen diese fordert der Verein das Little Home zurück. Es handelt sich also eigentlich nicht um eine Schenkung, sondern um eine Leihgabe. In den Auflagen steht u.a., dass die Obdachlosen ihre Bildrechte abtreten. Des Weiteren ist der Konsum von Drogen untersagt und Alkohol nur „in geringen Mengen“ gestattet. Auf der Homepage des Vereins ist der Vorname eines Obdachlosen in einer Kommune mit knapp 100.000 Einwohner:innen veröffentlicht, der gegen die Regeln verstoßen habe und dort aufgefordert wird, sein Little Home zurück zu geben.

Für die genannten Bezirke ist eine enge Zusammenarbeit mit den Ordnungs- und/oder Grünflächenämtern geplant, die die Einhaltung der Regeln überwachen. In Neukölln sah die Konzeption der bereits aufgestellten Little Homes u.a. vor, dass dadurch das illegale Entsorgen von Müll unterbunden werden soll, da der Ort häufig dazu genutzt wurde. Der Ort, an dem der erste Safe Place in Friedrichshain geplant ist und der sich direkt am Ostbahnhof befindet, ist ebenfalls ein Ort, an dem es häufig zu dieser Art der Müllentsorgung kommt. Neukölln hat sein Projekt mit den Little Homes noch nicht als Safe Place deklariert, da es hierbei überhaupt keine sozialarbeiterische Begleitung gibt. In Friedrichshain soll es diese geben, ansonsten unterscheidet sich nicht sehr viel zum Nachbarbezirk. Die Safe Places in Friedrichshain-Kreuzberg waren auch Thema bei der Strategiekonferenz 2022. Erst hier erfuhr das Streetwork-Team von Gangway e.V., das seit Jahren am Ostbahnhof tätig ist, über die genauen Planungen und bat daraufhin den Leiter des Sozialamtes Herrn Dr. Elvers um ein

Gespräch bezüglich des Vorhabens. Das Gespräch fand im Anschluss der Konferenz statt und es wurden von Seiten der Straßensozialarbeit Bedenken gegenüber der Konzeption geäußert. Die Installation von Safe Places an sich war hierbei jedoch nicht Stein des Anstoßes, sondern die Details der Umsetzung.

**Idealerweise sollten Safe Places dadurch entstehen, dass sich eine Gruppe einen Ort sucht, an dem sie sich niederlässt. Wenn dieser Ort nicht zu starken Nutzungskonflikten mit anderen führt (z.B. auf einem Kinderspielplatz), erklärt man ihn zum Safe Place und unterstützt logistisch (z.B. durch das zur Verfügung stellen einer Toilette).**

Viele Obdachlose meiden Unterbringungen nach dem ASOG, da sie sich bei dieser Unterbringung nicht aussuchen können, mit wem sie sich ein Zimmer teilen müssen, und weil sie sich zu stark reglementiert fühlen. Wenn genau diese Gegebenheiten auch bei Safe Places vorzufinden sind, ist es unwahrscheinlich, dass dieses Angebot angenommen wird.

## Öffentlichkeitsarbeit

Während des Berichtszeitraums wurden mehrere Interviews zu fachspezifischen Themen für Studierende gegeben, die diese für Bachelor- bzw. Masterarbeiten verwendeten. Des Weiteren gab es Informationsveranstaltungen für Auszubildende bzw. Schüler:innen.

Der Beitrag „Aus den Augen – aus dem Sinn“ zum Thema „Verdrängung obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum“ für das Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit, das im Springer VS erscheinen wird, wurde abgeschlossen und von der Fachhochschule Dortmund sowie dem Verlag geprüft und für wissenschaftlich fundiert befunden.

Im Oktober 2022 machte der Hamburger Rapper Disarstar mit einer provokanten Aktion auf das Thema obdachlosenfeindliche Architektur aufmerksam, in dem er ein Video veröffentlichte, das ihn beim Entfernen eines Metallbügels von einer Sitzbank mittels einer Flex zeigt. In Folge dieser Aktion wurden Medienvertreter:innen auf das Thema aufmerksam. Da wir in den vergangenen Jahren mit verschiedenen



► Hier, in der Nähe des Ostbahnhofs, soll der erste Safe Space in Friedrichshain entstehen.

Aktionen bereits hierauf aufmerksam gemacht hatten (Bank's not dead!, Die Goldene Keule), gab es mehrere Presseanfragen zu diesem Thema, denen das Team nachkam und Journalist:innen Beispiele solcher defensiver bzw. feindlicher Architektur in Berlin zeigte, deren Auswirkungen beschrieb und Verantwortliche dafür benannte.

## Jubiläum Fußballprojekt Ocker-Beige Berlin

In diesem Jahr feierte das von Gangway initiiert Fußballprojekt Ocker-Beige Berlin zehnjähriges Bestehen.

Nachdem die Corona-Einschränkungen langsam gelockert wurden, konnte im Laufe des Jahres wieder regulär trainiert werden. Als Auswirkung der Pandemie hat sich leider gezeigt, dass viele Spieler weggebrochen sind und die Mannschaft in diesem Jahr nur in schwacher Besetzung fortbestand und daher kaum bei Spielen und Turnieren antreten konnte. Im Mai konnte Ocker-Beige aber dennoch in Hamburg an einem Sichtungsturnier zur Auswahl des Team Germanys für den Homeless World Cup teilnehmen. Der langjährige Ocker-Beige-Torhüter konnte sich dort für das deutsche Team qualifizieren und darf 2023 bei der Weltmeisterschaft in Sacramento/Kalifornien antreten. Über die Jahre stellt Ocker-Beige damit bereits zum vierten Mal einen Spieler für das Team Germany.

Zur Feier des zehnjährigen Jubiläums unternahm die Mannschaft einen Ausflug zum Fußball-Golf ins brandenburgische Templin. Entsprechend den Regeln des Minigolfs konnten die Spieler auf den 18 Bahnen ihr Geschick mit dem Ball beweisen. Zum Abschluss kehrte das Team noch gemeinsam in der ländlichen Idylle Brandenburgs ein und ließ den Tag bei einem Abendessen in gemütlicher Runde ausklingen.

Zudem durfte sich die Mannschaft über neue Trikots und Fan-Schals freuen, die u.a. dank einer großzügigen Spende des AK Wohnungsnot angeschafft werden konnten. Damit kann das Team nun passend in den namensgebenden Farben bei Spielen und Turnieren antreten.

## Defensive Architektur erklärt

#rbb

#youtube



Im „rbb Explainer“ erklärt der Kollege Andreas Abel anschaulich defensive Architektur im Stadtbild. Den ganzen Beitrag gibt es hier:

<https://youtu.be/e3giteJfNKE>



► Oben: Fußballgolf. Unten: Jubiläum Ocker-Beige.



## ***Spieler und ihre Highlights***

Es sollen an dieser Stelle aber auch die Spieler selbst von ihren Erfahrungen mit Ocker-Beige berichten. Die beiden dienstältesten Spieler Andrea und Christian sind bereits seit der Gründung im Jahr 2012 dabei.

Andrea wurde damals über einen Flyer auf das Projekt aufmerksam und er verbindet mit der Mannschaft seitdem mehr als nur Fußballspielen. Angefangen aus Spaß am Kicken, entwickelte sich die Mannschaft für ihn schnell zu einer Herzensangelegenheit. Ihm hat das Team mehr Selbstbewusstsein gegeben, jedes Spiel und jedes Turnier seien eine neue Herausforderung. Auch hat er über das Training Freundschaften gefunden, die auch außerhalb des Fußballplatzes bestehen.

So lange es ihm gesundheitlich möglich ist, wird er weiter aktiv mitspielen. Aber selbst wenn die Profikarriere irgendwann vorbei ist – er bleibt Ocker-Beige als Fan und Zuschauer treu. Seine große Leidenschaft für die Mannschaft hat er sich als Tattoo auf dem Unterarm verewigen lassen. So viel Liebe zu einem Verein geht sprichwörtlich unter die Haut.

Auch Christian kam 2012 zu Ocker-Beige und hat über die Jahre viele neue Spieler angeworben. Die sportliche Herausforderung, sich in einer solchen Mannschaft auch immer wieder auf neue, wechselnde Teammitglieder einstellen zu müssen – das erfordert Fähigkeiten, die auch im „echten Leben“ wichtig sind und die er so innerhalb der Mannschaft üben und erleben konnte.

Besonders in Erinnerung ist ihm das erste Turnier in Kiel. Das damals gesteckte Ziel, nicht Letzter zu werden und mindestens ein Tor zu schießen, hat die Mannschaft dann auch gleich fulminant umgesetzt: Ocker-Beige schoss ein Tor und wurde Vorletzter!

Die Erfolgsserie hielt über die Jahre an, wie ein grandioser 18. Platz bei der Deutschen Meisterschaft 2014 in Karlsruhe, zahlreiche Fair-Play-Pokale oder der 17. Platz bei der deutschen Meisterschaft in Aachen 2015 mit

anschließender Siegesfeier auf dem Rathausbalkon beweisen.

Unvergessen ist auch der von Gangway organisierte European Homeless Cup 2015 auf dem Breitscheidplatz, als Ocker-Beige im Fußballklassiker Deutschland-Holland die Niederländer vom Platz fegte und anschließend als 6. aus dem Turnier ging.

Auf weitere erfolgreiche Jahre!

## **Ausblick 2023**

Für das Jahr 2023 wird das Streetwork-Team Drop Out Focus die weiteren Entwicklungen bezüglich der geplanten Safe Places im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg genau beobachten, die bestehende Kommunikation mit dem zuständigen Sozialamt diesbezüglich fortsetzen und seine Expertise über die Lebenswelt und die bestehenden Bedarfe der Adressat\*innen in die Diskussion mit einbringen.

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird der Dialog mit dem zuständigen Sozialamt über die Bedarfe am Bahnhof Zoo und in der Umgebung des Stuttgarter Platzes fortgeführt.

Um den Blick bezüglich neuer Konzeptionen im Bereich Wohnungslosigkeit, auch in Hinblick auf den Masterplan 2030, zu erweitern, ist für den Sommer ein Fachkräfteaustausch in Kalifornien/USA geplant. Hier sollen Treffen mit verschiedenen Organisationen stattfinden. Insbesondere sind für das Berliner Team die Themen „Housing First“, „Safe Places“ und Straßensozialarbeit von Interesse. Außerdem ist ein Treffen mit Vertreter:innen der Homeless World Cup Foundation beim gleichzeitig stattfindenden Homeless World Cup in Sacramento anvisiert, sowie ein Treffen mit einem Bündnis aus Anwält:innen und obdachlosen Personen, das letztes Jahr eine Klage gegen die Stadt San Francisco wegen Nichtbeachtung der verfassungsmäßigen Rechte obdachloser Menschen eingereicht hat. Hierbei ist vor allem von Interesse, wie es gelingen konnte, obdachlose Personen dazu zu motivieren, sich zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen.

# 05

## Team Drop Out Mitte

### Teamsituation

Wir hatten aufgrund mehrfacher und längerer personeller Engpässe durch Erkrankungen und ähnliches ein in jeder Hinsicht herausforderndes Jahr. So waren wir im gesamten Jahr nur etwa 5 Monate mit 3 Kolleg:innen vollständig besetzt. Dennoch ist es uns gelungen, weitgehend unsere Rundgänge, Einzelfall- und Netzwerkarbeit etc. auch mit Unterstützung aus anderen Teams zu gewährleisten.

### Alexanderplatz

Unsere Arbeit am Alexanderplatz war in diesem Jahr von drei Dingen geprägt: dem Tagestreff in den Räumen des Hofbräu Hauses, der Einweihung des Sozialen Dorfes am Haus der Statistik und der breiten Nutzung des 9-Euro-Tickets durch Adressat:innen.

Der Tagestreff ermöglicht im Rahmen seiner Öffnungszeiten kurze Vermittlungswege von der Straße zu verschiedenen Angeboten im direkten Umfeld und erleichtert unsere Arbeit vor Ort erheblich. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern und deren Angebote im Tagestreff verbesserten die Kommunikation unter den Fachkräften und die Anbindung ans Hilfesystem für Adressat:innen. Wir setzen uns deshalb weiterhin für einen langfristigen und ganzjährig nutzbaren Tagestreff am Alexanderplatz ein.

In der Eröffnung des sogenannten Sozialen Dorfes im Rahmen der Zwischennutzung während der Bauphase des Hauses der Statistik sehen wir eine wichtige Perspektive für eine positive Entwicklung des Sozialraumes. Hier können unterschiedliche Angebote von sozialen Trägern verknüpft und eine weitere Zusammenarbeit ausprobiert werden. Aktuell sind dort u.a. das Jugendteam Gangway Mitte City, JARA und das Diakonische Werk mit Projekten vor Ort. Unser Team kann die Containerräumlichkeiten nach Bedarf nutzen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten begleiteten wir die Weiterentwicklung kritisch und fachlich beratend. Darüber hinaus versuchen wir, die Etablierung eines Tagestreffs für obdachlose Menschen im zukünftigen Haus der Statistik in verschiedenen Arbeitsgruppen voranzutreiben. Die Erfahrungen mit dem zeitlich befristeten Tagestreff im Hofbräuhaus machen den Bedarf eines solchen Angebots am Alexanderplatz deutlich.

► *Innenansicht des Sozialen Dorfes, im Hintergrund die Container.*



Die Arbeit auf und am Platz war nach dem Wegfall vieler Corona-Schutzmaßnahmen und mit Einführung des 9-Euro-Tickets von ungewöhnlich vielen Neukontakten insbesondere über die Sommermonate hinweg geprägt. Sehr viele obdachlose Menschen waren flexibler unterwegs und konnten sich freier in der Stadt und nach Berlin hin oder weg bewegen.

Zudem konnten wir eine längere Zeit auch wieder verstärkt gruppenbezogen arbeiten, da über einen langen Zeitraum auch größere „Platten“ in der Umgebung nicht geräumt wurden. So konnten wir unter anderem auch einen gemeinsamen Kinobesuch mit Adressat:innen organisieren. Solche Angebote stärken auch die Beziehungsarbeit und schaffen Raum positive Erlebnisse.

Gerade mit Beginn der Kältesaison wurden wieder vermehrt „Platten“ durch das Ordnungsamt geräumt. Derartige Räumungen sind für uns immer wieder auch mit einem Bruch in der Beziehungsarbeit und in den Hilfsprozessen verbunden.

Eine Wiederbelebung der Ini Alexanderplatz in diesem Jahr durch den Bezirk Mitte kam trotz mehrfacher Nachfrage und Bedarfsanzeige durch uns beim Bezirksamt nicht zustande. Somit bleibt es bei der bestehenden Lücke eines dringend benötigten institutionalisierten und interdisziplinären Austausches für den Sozialraum Alexanderplatzviertel.

## Hauptbahnhof und Friedrichstraße

Die Arbeit insbesondere am Hauptbahnhof war von Februar bis Mitte Juli 2022 stark von der Situation der geflüchteten Menschen aus der Ukraine und den in diesem Zusammenhang sich stetig ändernden Hilfsstrukturen sowie deren Auswirkungen auf unsere Adressat:innen geprägt. Wie bereits im Berichtsteil Obdachlosigkeit in Zeiten von Krisen beschrieben, waren Adressat:innen zu Beginn der Fluchtbewegung sehr verständnisvoll gegenüber den ankommenden ukrainischen Menschen. Dies schlug jedoch innerhalb weniger Wochen in Unverständnis und teilweise Wut gegenüber Politik, Behörden und den ukraini-



► Ein Zeltlager am Hauptbahnhof.

schen Geflüchteten um.

Als Hintergrund hierzu: Unsere Adressat:innen waren von den Angeboten am Hauptbahnhof ausgeschlossen, obwohl sie auch Essen oder Kleidung benötigten. Auch die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zum Hilfesystem, zu Sozialleistungen, zu Unterkünften usw. für die eine oder die andere Gruppe von Menschen wurden von Adressat:innen wahrgenommen und kritisch betrachtet sowie als diskriminierend erlebt. Wir versuchten in Gesprächen immer wieder darauf zu verweisen, dass es sich um politische Entscheidungen handelt, die wir in dieser Form nicht teilen, dass es aber wichtig sei, den geflüchteten Menschen diese nicht vorzuwerfen, sondern den gleichen Zugang für alle zu fordern.

Wir hielten unsere Adressat:innen weiter im Fokus und versuchten in Gesprächen mit der Flüchtlingshilfe vor Ort und mit der Ansprache von politischen Entscheidungsträgern, auf die Diskriminierungserfahrung und deren Wirkung auf obdachlose Menschen hinzuweisen. Leider konnten wir nicht erreichen, dass die Zugänge zu den Angeboten der Flüchtlingshilfe am Hauptbahnhof auch für unsere Adressat:innen geöffnet werden.

Gleichzeitig führte der große Andrang von geflüchteten Menschen dazu, dass obdachlose Adressat:innen sich zeitweise nicht mehr so sehr im und am Hauptbahnhof aufhielten, da sie in der Situation schlechter Betteln oder Zeitungen verkaufen konnten. Des Weiteren kam es vereinzelt zu Situationen, in denen ukrainische Geflüchtete, im Hin- und Her der Zuweisung von Unterkünften in ganz Deutschland, wieder in Berlin landeten und zumindest

zeitweise obdachlos auf der Straße leben mussten. Wir vermittelten diese Menschen direkt an die Flüchtlingshilfe.

Ein weiteres wichtiges Thema am Hauptbahnhof war in diesem Jahr wieder das Camp von Romn:ja. Ein in der BVV-Mitte gestellter Antrag zur Auflösung des Camps wurde mehrheitlich abgelehnt. In der Folge haben wir uns während der AG EU-Zuwanderung als Team Drop Out Mitte dazu entschlossen, diesem wiederholten Versuch der Verdrängung des Camps und seiner Bewohner:innen politisch und fachlich etwas entgegenzusetzen. Wir suchten nach Unterstützer:innen in Politik und bei anderen sozialen Trägern für einen BVV-Antrag, der u.a. eine langfristige Perspektive und Vertrauensarbeit mit den Campbewohner:innen beinhaltet. Am Ende des Jahres wurde in einer Sitzung des Integrationsausschusses erstmals über einen – von uns mit erarbeiteten – Antrag der Fraktion Die Linke und einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausführlich beraten. Der weitere Verlauf des Entscheidungsprozesses ist zum Ende des Jahres offen. Wir begleiten den Fortgang fachlich und kritisch 2023 weiter.

Der Bahnhof Friedrichstraße und seine Umgebung waren in diesem Jahr bis zum Winter nur noch selten ein Treffpunkt von obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen. Das Ordnungsamt Mitte hatte mit dem Ende der strengen Corona-Schutzmaßnahmen und dem wieder vermehrten Tourismus die lange bestehende „Platte“ unter der S-Bahnbrücke an der Friedrichstraße geräumt. So gab es hier nur noch vereinzelt in und um dem Bahnbereich Menschen, die sich dort zum Aufwärmen oder Betteln aufhielten und die wir bei unseren Rundgängen antrafen.

## Kurfürstenstraße

Während des Jahres stellten wir fest, dass die im letzten Winter erstmals geöffnete Notübernachtung in der Kurmärkischen Straße ausgelastet ist und über weniger Betten verfügt als Bedarf ist. Da die wohnungslosen Menschen im Kurfürstenkiez ihre nahe Umgebung selte-

ner verlassen als in anderen Teilen der Stadt, ist es besonders wichtig, bedarfsgerechte Angebote vor Ort zu schaffen. So könnten Verelendungsprozesse zumindest auf sekundärer Ebene präventiv abgefedert werden. Dem entgegen stehen die Verdrängungsprozesse, die auch in diesem Jahr stetig von uns beobachtet wurden: vor allem durch die fortschreitenden Gentrifizierungsprozesse im Kiez wurden wohnungslose Menschen auf passive Art vertrieben, indem das Verweilen im Kiez unattraktiv gemacht wird. Der Radius, in dem sich diese Personen vor Ort bewegen, ist recht klein und deshalb ist es umso dringlicher, Angebote zu schaffen, die den Bedarfen der Adressat:innen entsprechen. Ein Konsumraum ist bereits in Planung, es bleibt zu hoffen, dass der zuständige Träger eine dafür geeignete Immobilie rasch erwerben bzw. mieten kann oder es alternative und umsetzbare Überlegungen gibt.

Da es im doch recht kleinen Kurfürstenkiez nicht ausreichend Infrastruktur für die wohnungslosen Menschen gibt, ist es sehr erfreulich, dass am Nollendorfplatz das Bülow Eck eröffnet werden konnte. Getragen vom Drogennotdienst, bietet das Kontaktcafé angefangen von überlebenspraktischen Hilfen (inkl. warmer Mahlzeiten) bis hin zu Beratung in verschiedenen Fremdsprachen auch attraktive Öffnungszeiten bis abends bzw. (ganztags) auch am Wochenende. Es bleibt zu wünschen, dass es bald ausreichend Schlafplätze in Notübernachtungen vor Ort gibt. Ein Nachtcafé würde zudem Schutz und Wärme bieten. Anhand der

► *Unser Beratungsbus an der Kurfürstenstraße.*



erhobenen Zahlen der Übernachtungsgäste wären weitere Überlegungen wünschenswert, wie diese langfristig versorgt werden können. Wie bereits im Vorjahr wurde unser Beratungsbus gut angenommen, die Nachfragen nach Verweilmöglichkeiten im Innenraum stiegen. Auch wenn wir dem pandemiebedingt nicht nachkommen konnten, hatte dies keine negativen Auswirkungen auf unsere Arbeitsbeziehungen.

Im Laufe des Jahres konnten wir die Brötchen- und Gebäckspenden, aufgrund pandemiebedingter Schließung des Cafés, nicht mehr an gewohnter Stelle abholen. Glücklicherweise konnten wir nach einiger Zeit eine Alternative finden. In den Phasen, in denen Spenden aus diversen Gründen nicht abgeholt werden konnten, wurde besonders deutlich, dass der Bedarf an Speisen bis in die späten Abend- und Nachtstunden hoch ist. Leider konnte der Runde Tisch Obdachlosigkeit auch in diesem Jahr nicht tagen und wir hoffen, dass sich die Chance auf einen regen Austausch im kommenden Jahr ergibt. Die Etablierung dieser Austausch- und Vernetzungsmöglichkeit würden wir als wertvolle Ergänzung zu den bestehenden Gremien AK Stricher und AG ProstSoz begrüßen.

## **Menschen mit psychischen Auffälligkeiten**

Wie bereits im vorigen Jahr haben uns auch im Jahr 2022 obdach- und wohnungslose Menschen mit psychischen Auffälligkeiten intensiv beschäftigt. Die Arbeit innerhalb der neu gegründete AG Salutogenese To Go (STG) war sehr intensiv und wurde vor allem von uns und Housing First Berlin getragen. Die aktive Teilnahme weiterer Träger gestaltete sich als ausgesprochen schwierig, da aufgrund der jeweiligen Personalsituation keine Kontinuität möglich war.

Die STG vernetzte sich mit weiteren Einrichtungen, immer mit der Intention, positive Beispiele kennenzulernen und davon Handlungsoptionen für Berlin zu finden. Unter den Netzwerkpartner:innen befand sich das Vivantes Neukölln, welches von stationsäqui-

valenten Behandlungen (STÄB) berichtete und die Caritas in Graz, welche mit ihrem Projekt Arche38 über die Internetseite den Eindruck erweckte, dass sie eine Unterbringungsmöglichkeit für männliche EU-Bürger vorhalten könnte. Beide Projekte stellten sich als nicht dienlich heraus: STÄB setzt Wohnraum voraus, das Projekt Arche38 kann in der Praxis keinen Wohnraum zur Verfügung stellen, wenn die Betroffenen aufgrund der Zugangsvoraussetzungen von Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Als gutes Modell entpuppte sich die ASOG+- Unterkunft in der Scharnweberstraße für obdach- oder wohnungslose Menschen mit Eingliederungsbedarf. Die von Prowo e.V. getragene Einrichtung ist ein Musterbeispiel für gelungene interdisziplinäre Zusammenarbeit, was bei Menschen mit Doppeldiagnosen Voraussetzung für eine erfolgreiche Bedarfsbefriedigung ist.

Gegen Ende des Jahres hat die STG ein Paper erarbeitet, welches unerfüllte Bedarfe der Zielgruppe beschreibt und mögliche, in der Praxis umsetzbare, Lösungen vorschlägt.

Im August kam es zur Gründung der Projektgruppe Aufsuchende Psychiatrie, die sich aus den Verantwortlichen für Wohnungsnotfallhilfe, der Sozialpsychiatrie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Housing First Berlin sowie uns zusammensetzte. Das o.g. Paper der STG bildete die Basis für gemeinsame Überlegungen zu den seit Jahrzehnten bekannten Problemlagen der Adressat:innengruppe. Ziel der Projektgruppe ist es, Lösungen für die bestehende Versorgungslücke zu entwickeln.

Bei einem Vernetzungstreffen in der Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen haben wir SPRINT e.V. kennengelernt, welche Sprachmittler:innen für im Gesundheitswesen Tätige stellen. Wir könnten uns vorstellen, in Kooperation mit SPRINT e.V. Beratungen auf der Straße einem größeren Anteil wohnungsloser Menschen zur Verfügung stellen. Dafür bedarf es einer Vereinbarung zwischen SenIAS und SPRINT e.V., damit diese mit obdachlosen Menschen arbeiten können.

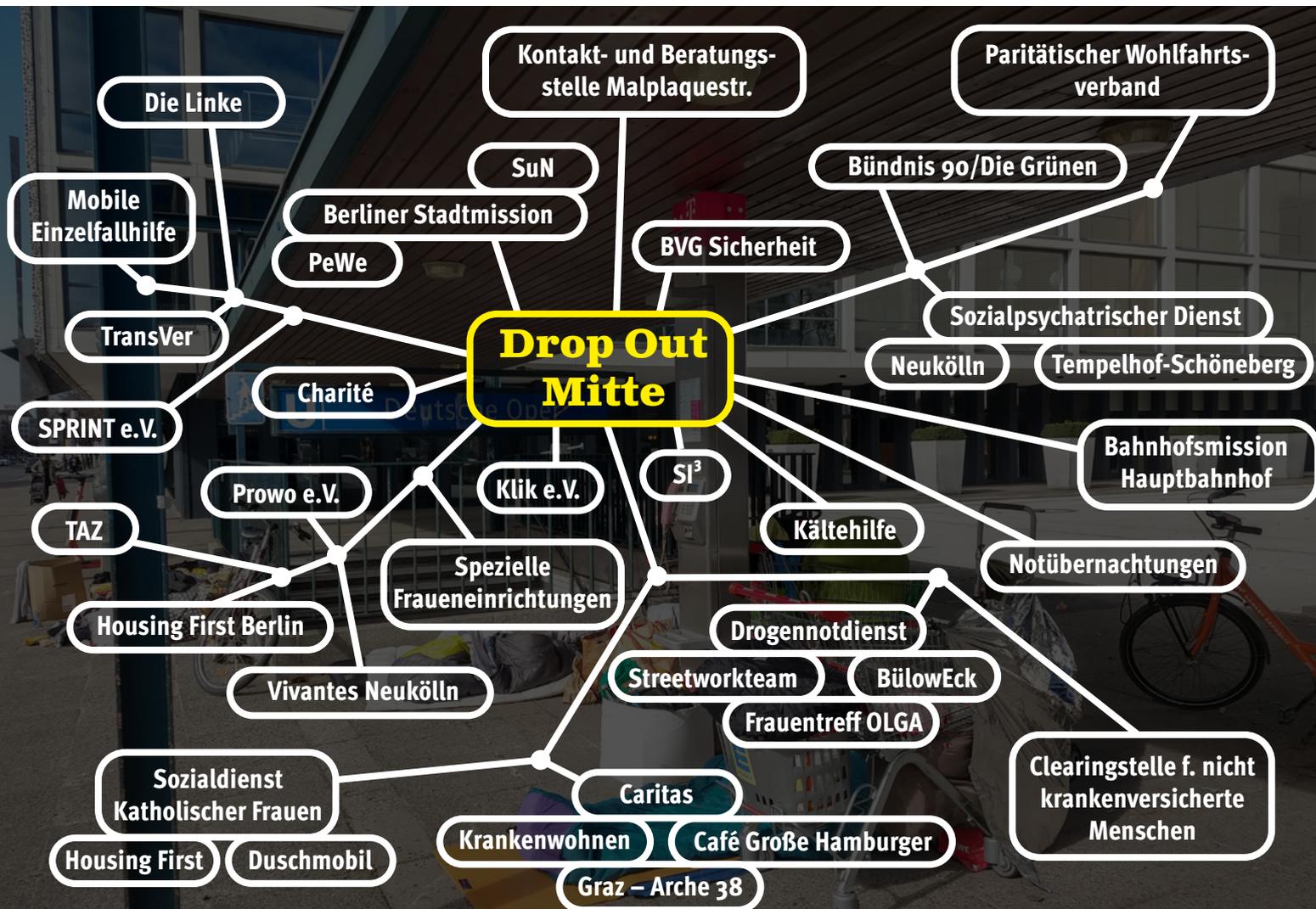
In diesem Jahr wurde immer wieder an mehreren Stellen deutlich, dass eine Schnittstellenkoordination zwischen SenPFWG & SenIAS Arbeitsprozesse nicht nur beschleunigen, sondern oft erst ermöglichen würde.

Positiv zu bewerten ist, dass SenPFWG uns anfragte, am Test eines neuentwickelten digitalen Wegweisers für Psychiatrie und Suchthilfe teilzunehmen.

Im Rahmen weitere Gremienarbeit stellten wir fest, dass der Bedarf nach einem funktionierenden gemeindepsychiatrischem Versorgungssystem innerhalb der sozialen Träger groß ist. In diesem Zusammenhang organisierten wir ein Vernetzungstreffen mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst in Neukölln, da Kolleg:innen dort gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht haben und wir positive Beispiele in der Stadt suchten. Weitere Treffen sind geplant.

## Ausblick 2023

Es wird im Jahr 2023 größere Veränderungen in unser Teamkonstellation geben. So werden zum Februar 2023 zwei neue Kolleg:innen im Team Drop Out Mitte beginnen, die wir bis Ende Mai gut einarbeiten wollen. Zwei Kolleg:innen der alten Teamkonstellation werden zu Beginn des Jahres bzw. ab Ende Mai 2023 aufgrund von Elternzeiten mehrere Monate pausieren. Das Team wird im Übergang und während der Neufindung des Teams maximal 12 Monate von einer erfahrenen zusätzlichen Kollegin unterstützt, um gleichzeitig die Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten und auch weiterhin u.a. die Prozesse zum BVV-Antrag kritisch und fachlich begleiten und uns weiterhin insbesondere beim Thema obdachlose, psychisch Erkrankte Menschen in Netzwerken engagieren zu können. Ein wichtiger Baustein unserer Arbeit in diesem Zusammenhang ist auch die Öffentlichkeits- und Gremienarbeit im Sinne unserer Adressat:innen, die wir auch im Jahr 2023 intensiv fortsetzen wollen.



# 06

## Team

# Drop Out Neukölln

Im dritten Jahr Streetwork von Drop Out in Neukölln sind wir nicht mehr neu. Wir kennen den Bezirk und der Bezirk kennt uns. Viele Kontakte mit Anwohner:innen und Kooperationen mit Ämtern, sozialen Einrichtungen und natürlich den Adressat:innen zeichnen unsere Arbeit aus. Wir konnten durch unsere Angebote von Vermittlung, Lobbyarbeit und persönlicher Stabilisierung der Adressat:innen sehr viel erreichen. Das zeigt, wie wichtig akzeptierende, niederschwellige und parteiliche Arbeit auf der Straße und für obdachlose Menschen ist. Anhand unserer Statistik zeigt sich, dass wir

dieses Jahr mehr Menschen angetroffen haben. Auch unserer Wahrnehmung nach leben mehr Menschen auf der Straße. Die Gründe hierfür führen wir einerseits auf die Auswirkungen der Pandemie für die ärmsten Menschen zurück, aber auch auf ein nicht an die Bedürfnisse der Menschen angepasstes Hilfesystem.

Gerade im Bezirk Neukölln konnten wir feststellen, dass der Großteil der Menschen, die wir antreffen, eine Suchtproblematik hat. Im Vergleich zu den letzten Jahren haben wir dieses Jahr einen enormen Anstieg an Konsum von Alkohol und sogenannter „harter Drogen“

(Heroin, Kokain, Crack) beobachten können. Durch diesen politoxen Konsum (Mischkonsum verschiedener Drogen) entstehen oftmals auch psychische Krankheiten. Eine adäquate Hilfe für diese Menschen gibt es leider im aktuellen Hilfesystem nicht. Gerade für die Menschen, die niederschwellige Hilfen benötigen, sind die Zugangshürden extrem hoch.



► Auch bei Regen unterwegs: das Team Drop Out Neukölln.

## Notunterkünfte

Die Notunterkünfte stellen für suchtkranke Menschen oft keine Übernachtungsoption dar. Ihr oft nicht geregelter Schlafrhythmus und die fehlenden Konsummöglichkeiten stehen einer Übernachtung mit festen Schlafzeiten gegenüber (z.B. 22 - 8Uhr). Viele Betroffene haben in diesen Einrichtungen bereits Hausverbot, da sie entgegen der Hausordnungen konsumieren mussten. Hinzu kommen allgemeine Rahmenbedingungen der Notunterkünfte, die für v.a. Suchtkranke ein zusätzliches Hindernis darstellen. Viele der Betroffenen arbeiten gerade abends bis in die Nacht hinein, da dann die besten Möglichkeiten bestehen, mit Zeitungsverkauf in z.B. Kneipen an Geld zu kommen, was mit den Öffnungszeiten der Einrichtungen kollidiert. In die Einrichtungen darf außerdem normalerweise nicht viel an persönlichen Dingen mitgenommen werden, was für die meisten bedeuten würde, ihr Habe ungeschützt draußen stehen lassen zu müssen. Da Wohnungslosigkeit an sich schon eine extreme psychische Belastung darstellt, ist die Übernachtung in einer Sammelunterkunft ohne Privatsphäre und mit Angst vor Übergriffen und Diebstahl eine besondere Zumutung.

## ASOG-Unterkünfte

Obwohl die Unterbringung nach § 17 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) theoretisch jeder unfreiwillig wohnungslosen Person zusteht, bestehen auch hier vor allem für Suchtkranke oft unüberbrückbare Hürden. So ist die erste Voraussetzung ein gültiger Personalausweis, den viele Wohnungslose aus verschiedenen Gründen, wie z.B. Diebstahl, nicht besitzen.

Die Beschaffung eines solchen ist vor allem für nicht deutsche Wohnungslose mit hohen Hürden (Termine im Konsulat mit Wartezeiten, sehr hohe Kosten) verbunden, dass es gerade auch für suchtkranke Personen nicht schaffbar ist.

Zusätzlich ist die Vermittlung in die Unterkünfte über die Sozialen Wohnhilfen der jeweiligen Bezirke geregelt. In Berlin ist es aber nicht so, dass die Bezirke zuständig sind, in

denen sich die Menschen gewöhnlich aufhalten, sondern die Personen werden über eine Geburtsdatenregelung auf die zwölf Bezirke verteilt. So kommt es selten vor, dass der Bezirk, in dem sich die Person tatsächlich aufhält, auch zuständig ist. Dazu kommt natürlich auch hier, dass in den meisten Einrichtungen ein Konsumverbot besteht, das bei Missachtung zum Rauswurf führt. Die Alkohol-akzeptierenden Einrichtungen sind sehr begrenzt und bei politoxem Konsum sind auch diese keine Möglichkeit. Wenn wir unsere Statistik zu Rate ziehen und sehen, wie viele Menschen mit Suchtproblematik wir versuchen unterzubringen, ist das Angebot dieser „nassen Einrichtung“ so gering, dass es nicht im Entferntesten dem Bedarf entspricht.

Außerdem sind auch ASOG-Unterkünfte meist Mehrbettzimmer mit einer geteilten Dusche und Küche pro Stockwerk. Privatsphäre ist also auch hier nicht gegeben und ebenso kennt man die Zimmergenoss:innen nicht.

Unserer Erfahrung nach hat ein erheblicher Teil der Menschen in ASOG-Unterkünften psychische Auffälligkeiten und/oder eine Suchterkrankung, wodurch jederzeit die Gefahr eines Rauswurfs besteht.

## Die 67er-Hilfen bzw. Eingliederungshilfe

Diese Hilfen nach §67 SGB XII in Anspruch zu nehmen ist mit sehr vielen Hürden verbunden. Anders als bei ASOG reicht hierfür nicht nur ein gültiges Ausweisdokument, es muss auch Anspruch auf Sozialleistungen bestehen und die entsprechenden Anträge gestellt werden. Für suchtkranke Menschen ist dieser Weg selbst oder auch mit Unterstützung oft nicht zu bewältigen. Dazu kommt, dass Menschen ohne Leistungsanspruch (z.B. EU-Bürger:innen, illegalisierte Geflüchtete) diese Hilfen gänzlich verwehrt bleiben.

Aber auch die Mitwirkungspflicht der 67er-Hilfen stellt für suchtkranke Menschen eine Schwierigkeit dar und somit landen die Betroffenen schnell wieder auf der Straße. Die in den Trägerwohnungen geltenden Hausregeln (v.a. Konsumverbot) schrecken viele

Betroffene zudem bereits im Vorfeld ab. Diejenigen, die den Versuch trotzdem wagen wollen, werden auf Grund der bestehenden Suchterkrankung oftmals von den Sozialen Wohnhilfen abgelehnt und bekommen die Hilfe erst gar nicht bewilligt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es kaum suchtakzeptierende Einrichtungen gibt und betroffenen Adressat:innen somit die Möglichkeit, von der Straße zu kommen, verwehrt wird.

## Housing First

Die Idee des Housing First begrüßen wir sehr. Menschen erst einen Mietvertrag geben, um dann mit sozialarbeiterischer Unterstützung Schritt für Schritt die weiteren Optionen der Veränderung anzugehen, ist unserer Einschätzung nach eine der besten Möglichkeiten, um dauerhaft gegen Wohnungslosigkeit vorzugehen.

Der eigentlich niedrigschwellige Ansatz „erst Wohnung, dann die Probleme angehen“ sieht in der Realität aber leider anders aus. Durch zu wenige Angebote und eine riesige Nachfrage gibt es jahrelange Wartezeiten. Mit der derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattung der Projekte bleibt es zwar ein guter Ansatz, der aber leider an den tatsächlichen Zahlen wohnungs- und obdachloser Menschen vorbei geht.

Sicher ist Housing First für viele Adressat:innen die beste Option, aber auch das kann Obdachlosigkeit nicht verhindern, solange mit Wohnraum spekuliert wird und er als Kapitalrendite für Eigentümer:innen genutzt wird. Aber auch Housing First ist nicht zwingend passend für alle Adressat:innen – Menschen, die jahrelang auf der Straße lebten, haben oftmals große Angst vor Vereinsamung in einer eigenen Wohnung, was dazu führt, dass die Personen oftmals erst in ein psychisches Tief fallen, bevor sie sich wieder stabilisieren. Da sich ihr gesamtes soziales Umfeld auf der Straße befindet, verbringen viele ehemals obdachlose Menschen nach wie vor den Großteil ihrer Zeit auf der „Platte“.



► Kein seltenes Bild mehr in Berlin.

Anhand der beschriebenen Angebote sieht man, dass sie für die Menschen, die sie bräuchten, nicht immer passend sind. Daher war ein ganz wesentlicher Teil unserer Arbeit im letzten Jahr, immer und immer wieder auf diese Probleme hinzuweisen und Forderungen nach adäquaten Unterbringungen zu stellen. Etliche Adressat:innen sind beim Versuch der Unterbringung an den oben genannten Hürden gescheitert. Kern unserer Arbeit ist natürlich, es immer wieder zu versuchen und nicht aufzugeben, aber es ist und bleibt schwer, den Menschen von der Straße zu helfen, wenn es kein Hilfesystem gibt, das sie aufnimmt. Wir plädieren für den Ausbau und die Verstärkung von 24/7-Unterkünften und ein flächendeckendes Angebot von Housing First. Die momentane Politik setzt aber leider nach wie vor weiter auf Verdrängung, anstatt auf Hilfen, da die obdach- und wohnungslosen Menschen in der Gesellschaft kaum eine Lobby haben. So wird das Projekt Little Homes immer wieder als Lösung und Option zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit diskutiert. Die vom gleichnamigen Verein aus Köln entwickelten und gebauten Little Homes werden auf der Website ehrlicherweise auch „Wohnboxen“ genannt. Dabei handelt es sich um winzige 3,2 qm kleine abschließbare Holzhütten, mit Platz für eine Matratze und etwas Stauraum. Sie sind, so man will, eine bessere Alternative zu einer Brücke oder einem Zelt. Strom und Wasser gibt es in den Häuschen nicht, dafür aber auch wieder Regeln, an die man sich halten muss, wenn man nicht rausfliegen möchte. Das Projekt war eine schöne Idee: Obdachlose Menschen, die im System keine Chance haben, erhalten einen kleinen Raum, ehrenamtlich organisiert und abseits des Hilfesystems.

Eine unserer fachlichen Einschätzung nach mögliche bedenkliche Entwicklung hat es aber dieses Jahr mit von den Bezirken aufgestellten Little Homes gegeben.

Wir sehen die Entwicklung kritisch, wenn damit mehr als nur eine „Erste-

Hilfe-Maßnahme“ angestrebt werden soll. Als Not- bzw. Übergangslösung für Personen, die sonst im Freien oder in einem Zelt schlafen, kann so eine Little Home sicher eine Verbesserung sein. Als Teil der Wohnungsnotfallhilfe darf sich dieses Konzept aber nicht als „Dauerlösung“ etablieren. Die Wohnungsnotfallhilfe ist Aufgabe des Staates und seiner ausübenden Organe. Ein Bretterverschlag ohne Strom und Wasser geht nicht nur komplett an dieser Aufgabe vorbei, es ist eine Beleidigung für die Menschen, die in Not geraten sind. Hier bleibt zu beobachten, wie sich die Thematik der Little Homes und Safe Places weiterentwickelt.

Eine menschenwürdige Unterbringung ist das bei Weitem nicht. Es ist ein Herabsetzen der Standards anstelle einer Anpassung der Standards an die Bedürfnisse und Nöte der Menschen. Es ist sichtlich eine billige Lösung, mit der pro forma gezeigt werden soll, es würde etwas getan werden. Wenn aber das von Berlin im Masterplan 2030 gesteckte Ziel sein soll, Obdachlosigkeit abzuschaffen, braucht es wirkliche und angemessene Angebote, wie z.B. Wohnraum und Sozialbetreuung.

Einerseits werden nun diese Little Homes aufgestellt, andererseits werden immer wieder Menschen auf der Straße verdrängt von den Orten, an denen sie sich selbst ein klei-

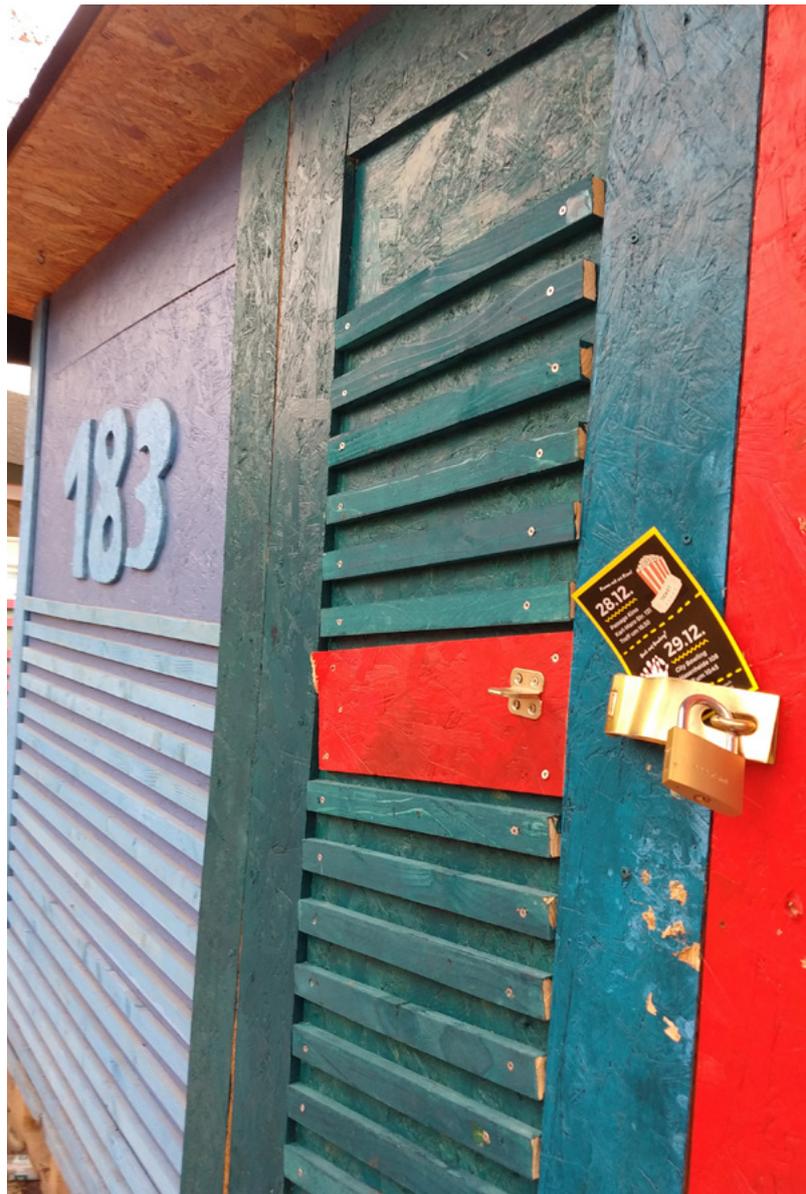
► *Geparkt und abgestellt: Little Homes in Neukölln*



nes „Zuhause“ aufgebaut haben. Das führt dazu, dass die Adressat:innen noch weniger Sicherheit und noch weniger Möglichkeiten haben, von der Straße zu kommen. Sie verlieren bei der Verdrängung und Räumung ihrer „Platten“ nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch ihr soziales Umfeld und den Kontakt zu uns Streetworker:innen. Wir unterstützen die Adressat:innen mit unserer Arbeit, wo es geht, aber durch eine Räumung kommt es nicht selten zu Kontaktabbrüchen – und wenn man die Adressat:innen erneut trifft, beginnt die Arbeit wieder von vorne. Immerhin konnten wir diesbezüglich in diesem Jahr einen Erfolg erzielen: In Zusammenarbeit mit der Sozialen Wohnhilfe wurde eine Herangehensweise entwickelt, wie der Bezirk mit Räumungen umgeht. So werden Obdachlose nicht mehr einfach ohne Ankündigung geräumt, sondern es gibt ein stufenweises Verfahren. Der wichtigste Schritt dabei ist, dass wir sowohl den Räumungstermin erfahren und weitergeben können als auch für alternativen Sorgen können. So kam es vor, dass wir Räumungen verhindern konnten, da der Bezirk toleranter mit den „Platten“ ist, wenn es nicht zu Vermüllung kommt.

Ähnliche Vereinbarungen gibt es auch in anderen Bezirken, allerdings agieren die Behörden hier höchst unterschiedlich. Wir wünschen uns eine berlinweite gemeinsame Zusammenarbeit der Sozialen Wohnhilfen, ohne bürokratische Hürden und im Interesse der obdachlosen und wohnungslosen Menschen.

Neben unseren alltäglichen Aufgaben, wie Beratung, Vermittlung und Beziehungsarbeit, haben wir dieses Jahr mehrere Aktionen durchgeführt und haben obdachlose Menschen sowohl zum Bowling spielen als auch ins Kino eingeladen. Anhand dieser Unternehmungen haben wir gesehen, wie wichtig es ist, unsere Adressat:innen einen Moment aus dem gewohnten Alltag herauszuholen. Das Erleben von gesellschaftlicher Teilhabe mit Spaß und Abwechslung ist ein wesentlicher Motivations-schub, um ihr derzeitiges Leben zu reflektieren und aus ihrem Selbstbild herauszuwachsen.



► Oben: Werbung für unsere Aktion. Unten: eine Warnung.

## Ausblick 2023

Wir freuen uns, dass sich unser Team im Jahr 2023 vergrößern wird und wir zwei neue Stellen besetzen können. Das ist sehr wichtig und hilfreich für uns und auch eine Anerkennung für die Straßensozialarbeit in Neukölln – wir freuen uns darauf, unsere Arbeit neu strukturieren zu können.

Trotz alledem weisen wir weiter darauf hin, dass es nicht reicht, die Straßensozialarbeit aufzustocken, wenn im Hilfesystem nicht auch Angebote geschaffen werden, in die wir die Menschen vermitteln können. Nur solche Angebote und die aufsuchende Straßensozialarbeit können unserer fachlichen Meinung nach Wohnungslosigkeit etwas entgegensetzen.

# In einer anderen Haut

Um Verständnis für die Schwierigkeiten der Adressat:innen als auch unserer Arbeit aufzuzeigen, stellen wir uns eine obdachlose Person mit Suchterkrankung in Neukölln vor: Die Person wacht mit Entzugserscheinungen und unausgeschlafen auf und wird sich als erstes um ihre Sucht kümmern müssen. Dafür wird Geld benötigt, das die Person höchstwahrscheinlich nicht hat, da sie aufgrund der Sucht mehrere Termine im Jobcenter nicht wahrnehmen konnte und somit aus dem Bezug gefallen ist. Damit verliert die Person auch ihre Krankenversicherung. Es kann natürlich auch sein, dass die Person keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat und daher in absoluter Armut leben muss.

Diese Person, die also noch nicht die Gelegenheit hatte, grundlegende Bedürfnisse, wie evtl. Zähneputzen, Frühstück usw., zu befriedigen, muss sich auf den Weg machen, Geld zu verdienen, z.B. durch den Verkauf von Obdachlosenzeitungen oder Schnorren. Mit diesem Geld müssen Essen, Trinken, aber eben auch die nicht immer so billigen Drogen finanziert werden.

Die Person bekommt dabei aber auch von der Bevölkerung wenig Unterstützung und – noch viel schlimmer – es kommt immer wieder zu Anfeindungen bis hin zu Übergriffen.

Die psychische Verarbeitung aller dieser Situationen führt bei den Adressat:innen zu Depressionen, Ängsten und dem großen Wunsch, die Seele zu betäuben, um mit all den Härten umgehen zu können. Der Teufelskreis und die Spirale nach unten gehen so immer weiter und das System gibt kaum die Möglichkeit, daraus zu entkommen.

In diesem Umstand kommen wir als Straßensozialarbeiter:innen vorbei und bieten unsere Hilfe und Unterstützung an. Doch die Person muss auch hierfür erst mal in der geistigen und seelischen Verfassung sein, sich mit den Angeboten ernsthaft auseinander setzen zu können. Dazu kommen die beschriebenen Probleme, die Menschen im aktuellen Hilfesystem überhaupt unterbringen zu können. Entsprechend ist es auch eine große Aufgabe von uns, die Menschen zu motivieren, nicht aufzugeben und weiter zu kämpfen.

Daher ist es für unsere Arbeit genauso wichtig, die Menschen ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und auf Augenhöhe zu begegnen. Wir versuchen, ihnen ein Gefühl von Leben und Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, um ihnen darüber auch eine Perspektive aus ihrer momentanen Situation aufzuzeigen. Dafür bieten wir verschiedene Angebote, von Gesprächen über Politik oder Aktion wie gemeinsam Essen gehen.

# 07

## Team Drop Out Xhain

Das Team Xhain arbeitet flächendeckend im ganzen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wie in den Jahren davor, haben wir auch 2022 regelmäßige Rundgänge in Friedrichshain Nord und Süd, Kreuzberg 36 und 61 sowie im Görlitzer Par, mit dem Lastenrad durchgeführt. Aufgrund dessen, dass Friedrichshain-Kreuzberg als zentraler und dichtbesiedelter Bezirk verschiedenste Menschen aus unterschiedlichen Gründen anzieht, ist der Bedarf an unserer Arbeit besonders groß. Dadurch haben wir es mit sehr heterogenen Gruppen zu tun, was in der Praxis sowohl Multilingualität als auch eine hohe Sensibilität für verschiedene Lebenswelten voraussetzt. Der teilweise hochschwelligigen Angebotslandschaft Berlins setzen wir unser niedrigschwelliges aufsuchende Angebot entgegen.

In unserem 4er-Team versuchen wir daher, jeden Ort einmal die Woche aufzusuchen, was sich streckenweise als schwierig gestaltet und sehr personalintensiv ist. Dabei stoßen wir oft auf Adressat:innen, die eine besondere und individuelle Begleitung benötigen und wir es somit immer wieder mit intensiveren Einzelfällen zu tun haben. Daher besteht unsere Herausforderung im Alltag darin, einerseits den gesamten Sozialraum im Blick zu haben, Beziehungsarbeit zu leisten und zu intensivieren, um nachhaltig agieren zu können. Andererseits leisten wir Vernetzungsarbeit und streben Kooperationen an, um dies in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen.

### Arbeit mit dem Lastenrad



► Unser Lastenrad in Aktion!

Um die Plätze der Ballungsorte regelmäßig aufsuchen zu können, führen wir die Rundgänge mit unseren Lastenrädern und Fahrrädern durch. Nur dadurch gelingt es uns, das gesamte Gebiet und auch abgelegene Orte abseits des ÖPNV zu erreichen. Das Lastenrad bietet uns die Möglichkeit der mobilen Beziehungsaufbauarbeit, indem wir warme und kalte Getränke, Hygieneartikel und ggf. Spenden (Klamotten, Schlafsäcke usw.) dabei haben. Ferner können wir so alle Informationen zu

Unterbringungsmöglichkeiten, Verpflegung, medizinischer Versorgung und sonstigen Beratungsbedarfen mitführen und auch direkt vor Ort Formulare, Vollmachten, Mittellosigkeitsbescheinigungen etc. ausfüllen. Das Lastenrad ist für unsere Arbeit ein sehr wichtiger „Türöffner“ und dient dem Wiedererkennungswert. Es erleichtert die Kontaktaufnahme sowohl zu größeren Gruppen und den Menschen, mit denen wir keine gemeinsame Sprache sprechen, als auch zu den Personen, die aus verschiedenen Gründen misstrauisch gegenüber Hilfsangeboten sind (zum Beispiel, weil sie illegalisiert sind oder der Zugang zu den Angeboten, aufgrund ihrer Positionierung, erschwert wird).

### **Einzelfälle und Adressat:innen mit Migrationsbiographie**

Im Jahr 2022 hatten wir, wie in den Jahren davor, viele spezifische Einzelfälle. Im Rahmen dessen haben wir unsere Adressat:innen intensiv begleitet und betreut, darunter viele Menschen mit Migrationsbiographie, die häufig eine spezifische Art der Unterstützung brauchen. Dank unseren vielfältigen Kompetenzen, indem wir Synergien schaffen und Ressourcen bündeln, aber auch kreativ und mit Improvisationsgeschick agieren, haben wir es in vielen Fällen geschafft, den Menschen die passende Unterstützung zu bieten. Unsere Statistik zeigt, dass 59% unserer Adressat:innen keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Dieser hohen Anzahl an Menschen mit Migrationsbiographie unter unseren Adressat:innen entspricht die Zusammenstellung unseres Teams, welche besonders diverse Sprachkenntnisse und ein Bewusstsein für Intersektionalität mit sich bringt. In unserem Team, in dem jede Person eine Migrationsbiographie in der Familie hat oder selbst migriert ist, finden sich mehrere Sprachen wieder, darunter Polnisch, Russisch, Spanisch, Französisch, Niederländisch und Darija (arabisch). Das ermöglicht uns nicht nur die Kontaktaufnahme, sondern auch die Vermittlung und konkrete Einzelarbeit mit einem „besonderen“ Blick, eine bedarfsorientierte Einschätzung der Situation abgeben



► *Ein Schachspiel eröffnet den Dialog.*

zu können und zu begleiten. Dies ist zentral, wenn es um eine gute Weitervermittlung geht, wobei wir unseren Adressat:innen eine möglichst lebensnahe, respektvolle und transparente Handlungsoption anbieten können. So wie deutsche wohnungslose Personen, sind sie von Klassismus betroffen und haben häufig unterschiedlichste gesundheitliche Probleme, darunter psychische Auffälligkeiten oder Sucht, sind verschuldet oder haben strafrechtliche Probleme. Hinzu kommen diejenigen, die sich nicht in der heteronormativen Geschlechtsordnung sehen.

Zu diesen Problemlagen kommen bei einem Großteil unserer Adressat:innen noch migrationspezifische Hindernisse hinzu.

Wohnungslose Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben mit zahlreichen Problemen wie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen zu kämpfen und gleichzeitig sollen sie sich dem gesellschaftlichen Regelwerk anpassen. Es setzt voraus, dass die Menschen die Hilfestrukturen kennen und verstehen, was sich aber schwierig gestaltet, wenn diese Personen nicht in Deutschland sozialisiert wurden. Dies löst enormen Druck und Ängste aus und wird in der Praxis oft verges-

sen. Entsprechend schätzen wir die Situation als sehr prekär ein und erinnern immer wieder daran, welche Herausforderungen marginalisierte Gruppen tagtäglich eh schon zu bewältigen haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr transkulturelle und multilinguale Sozialarbeit gibt und Zugänge geschaffen werden, damit die Unterstützung auch diejenigen erreicht, die anderweitig von den Angeboten wenig mitbekommen und aus dem Hilfesystem ausgeschlossen werden.

Um auf diese spezifischen Bedürfnisse und Problemlagen eingehen zu können, wird eine passende Zusammenstellung der Teams (in verschiedenen Disziplinen) erforderlich und perspektivisch unabdingbar. Zudem bedarf es mehr (kritischer) Auseinandersetzung mit unserer Arbeit, Selbstreflexion und Sensibilisierung für intersektionale Themen in den Vereinen, Organisationen, Einrichtungen, Kollektiven, Verwaltungen und behördlichen Institutionen.

## Flucht

In 2022 hatten 17% unserer Adressat:innen Fluchterfahrung oder kommen aus Nicht-EU-Staaten, der Großteil darunter hatte keinen oder einen sehr prekären Aufenthaltsstatus. Viele von ihnen haben die juristische Beratung im CoLab im Görlitzer Park in Anspruch genommen.

Seit dem Ausbruch des Angriffskriegs auf die Ukraine ist die Nachfrage an Beratung und Begleitung massiv gestiegen. Unter den Beratungssuchenden befinden sich viele sogenannte Drittstaatler:innen, die eine schwierigere Ausgangssituation haben und sich in einer anderen rechtlichen Situation befinden. Trotz unserer intensiven Arbeit und teilweise erfolgreichen Versuche, Menschen an Ausbildungsangebote oder in Arbeit zu bringen, wurden unsere Adressat:innen regelmäßig abgeschoben. Wir verurteilen jede Abschiebung!

## Arbeit in Kreuzberg/ Görlitzer Park – Racial Profiling

Nach wie vor stellen wir fest, dass besonders Schwarze Menschen und People of Colour ins Visier der Polizei im Görlitzer Park und Umgebung geraten. Die „kriminalitätsbelasteten Orte“ (kbO), zu denen unter anderem der Görlitz und der Wrangelkiez gehören, erlauben der Polizei gezielte, allumfassende Kontrollen vor Ort. Wir konnten öfters beobachten, dass vor allem Schwarze Menschen und PoC dort vermehrt persönlichen polizeilichen Kontrollen unterzogen wurden. Die Menschen werden in der Öffentlichkeit dazu aufgefordert sich widerstandslos durchsuchen zu lassen. Schon kleinste Handlungen, wie das Nachfragen zu den Gründen der Untersuchung, werden teilweise als Behinderung von Seiten der Polizei gewertet und folglich wird mit der Mitnahme gedroht. Dabei wird oft außer Acht gelassen, dass sich die Personen sogar bei niedrigen Temperaturen ausziehen müssen, unter den Blicken der Öffentlichkeit und oftmals umgeben von 5-8 Polizist:innen. Die Fragen und Anordnungen berücksichtigen keine Sprachbarrieren und haben häufig eine gewaltvolle Sprache.

### kbO in Berlin

*#rechtslage*

*#ASOG*

KbO werden im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) definiert als Orte, an denen schwere Straftaten (häufig organisiert von Gruppen) wie z.B. Raubtaten, Brandstiftungen, gefährliche Körperverletzungen, oder Rauschgifthandel usw. verabredet, vorbereitet oder verübt werden. Dies rechtfertigt (juristisch) verhaltensunabhängige Identitätsfeststellungen und Untersuchungen.

Eingestuft werden die kbO durch die Polizei Berlin, die einmal jährlich dem Abgeordnetenhaus über Maßnahmen an kbO und Gründe für die Einstufung berichtet. Es gibt aktuell sieben kbO in Berlin, vier in FH-KB, zwei in Neukölln und einen in Mitte, einzusehen hier:

<https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/fakten-hintergruende/artikel.1078268.php>

In der medialen Repräsentation des Görlitzer Parks kommt diese Praxis kaum vor. Stattdessen wird der Görlitzer Park als ein gefährlicher Ort inszeniert, indem die Gefährdung von Parkbesucher:innen, um es ganz deutlich zu machen, von nicht-weißen Personen, ausgeht. Damit stehen alle Schwarzen und of Colour-Parkbesucher:innen unter Generalverdacht gefährlich zu sein und dies dient wiederum als Legitimationsgrundlage für Polizeikontrollen. Dass diese mediale Repräsentation und die davon abgeleiteten Polizeikontrollen von Schwarzen Menschen und PoC eine Form von rassistischer Gewalt ist, wird durch die Täter-Opfer-Umkehr geschickt verschleiert. Die vermehrte Polizeipräsenz im Park und im Kiez soll der Sicherheit dienen, hier stellt sich jedoch die Frage, für wen es sicherer werden soll. Nach unserer Beobachtung ist die Sicherheit von Schwarzen und of Colour-Parkbesucher:innen besonders gefährdet und seit Einführung der kbO wird diese Situation noch verstärkt deutlich. Mit Eröffnung der Kotti Wache wird sich das Machtgefälle zwischen Anwohner:innen und Parkbesucher:innen unserer Einschätzung nach weiter verschärfen. Wem gehört der Kiez? Die Frage danach wird dann schnell mit dem Ruf nach vermeintlich mehr Sicherheit durch Polizeipräsenz beantwortet. Dabei wird nur einseitig einer Gruppe Menschen im Kiez Gehör gegeben.

Die Adressat:innen werden durch die Mehrfachdiskriminierung und die strukturellen Hürden dazu gezwungen, nach alternativen Lösungen zu suchen, in ihrer Prekarität ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Seit Jahren geht auch in Berlin die Armutsschere auseinander und die Tätigkeit im informellen Arbeitssektor gehört bei vielen Menschen zur Überlebensstrategie. Neben dem Flaschensammeln sind auch alltägliche Gebrauchsgegenstände im Verkauf darunter: Feuerzeuge, Taschentücher, Wasser etc.

Durch die regelmäßigen Runden im Görlitzer Park kommen wir mit den Menschen, die sich häufig dort aufhalten, in Kontakt und erfahren ihre Geschichten. Sie erzählen von ihren

Sorgen und Ängsten, von ihren Fluchterfahrungen, dem unsicheren Status in Deutschland, Arbeitsverbot, Armut, Wohnungslosigkeit und/oder unzumutbarer Wohnsituation, Perspektivlosigkeit, fehlender Selbstbestimmung, Anfeindungen und rassistisch motivierten Polizeikontrollen. Um der Repression etwas entgegen zu halten, Wertschätzung und Sichtbarkeit zu geben, versuchen wir ein engmaschiges Netzwerk an Unterstützer:innen zu etablieren. Einen großen Beitrag leistet hier das CoLab und die Zusammenarbeit mit dem Jugendteam Kreuzberg. Aufgrund ihres großen Netzwerks, der Nischenarbeit und deren Kiezpräsenz, konnten wir einen Vertrauensvorsprung genießen, mit dem wir durch Sozialberatung und ähnliche Angebote die Menschen erreichen und unterstützen können. Das CoLab bietet außerdem immer mittwochs anwaltliche Beratung zu Asyl- und Strafrechtlichen Fragen. Durch respektvollen und urteilsfreien Kontakt erreichen wir immer mehr Menschen und befürworten diese Art der Arbeit im Görlitzer Park. Unserer Meinung nach ist die Errichtung von kbOs eine Fehldeutung dessen, was eigentlich benötigt wird. Zudem zeigt es das Menschenbild und die Abwertung bestimmter Personengruppen in unserer Gesellschaft. Ein Misserfolg und Versagen auf ganzer Linie, was einen Vertrauensverlust gegenüber Polizei und Ordnungsamt zur Folge hat – nicht nur der Menschen im Park und Umgebung, die im Visier der Polizei stehen, sondern auch derer, die gelegentlich im Park Zeit verbringen. Die Eröffnung der Polizeiwache am Kottbusser Tor im Februar 2023 wird unserer Meinung nach genauso wenig zur Bekämpfung der vermeintlichen Kriminalität vor Ort beitragen. Die steigende Präsenz der Polizei in Kreuzberg führt höchstens zu einer Verschärfung der Problemlage. Es ist der klägliche Versuch einer Symptombehandlung und geht in keiner Weise an die Ursachen. Das Phänomen



► Team Kreuzberg, Drop Out Xhain und Team CoLab.



beobachten wir bereits an anderen Orten in Berlin, was in der Regel nur eine Verlagerung auf andere Orte zur Folge hat. Wir plädieren also dafür, die Ungleichverhältnisse aufzuzeigen, mehr Empathie zu entwickeln, struktureller Diskriminierung entgegenzuwirken und den Personen gleiches Grundrecht zu ermöglichen, statt schon mehrfachdiskriminierten Menschen weitere Hürden in den Weg zu legen. Dazu gehört auch, das Wahlrecht anzupassen. Ihre Stimmen werden in der Politik nicht gehört, wodurch ihre Interessen auch nicht vertreten werden können.

Mit unserer Arbeit im Görli wollen wir auch empowern und unsere Solidarität zeigen.

In Verschiedenheit gleich!

► Die Terasse vorm CoLab im Görlitzer Park.



## Sucht

Wie die Statistik zeigt, hatte mehr als die Hälfte unserer Adressat:innen eine Suchtproblematik (in diesem Fall stoffgebundene Süchte). In unserer täglichen Arbeit und in verschiedenen Sozialräumen in Friedrichshain-Kreuzberg haben wir verschiedene Gruppen und unterschiedliche Praktiken beobachtet. Eine der auffälligsten Entwicklungen war der zunehmende Konsum von Crack im Wrangelkiez (und damit auch die ständige Kriminalisierung der Nutzer:innen). Besonders im Görlitzer Park waren wir in ständigem Kontakt und Austausch mit Fixpunkt sowie mit anderen sozialraumorientierten Akteur:innen. Für die Arbeit ebenso wichtig sind, neben der Kooperation mit anderen Trägern und Einrichtungen, auch die aktive Teilnahme an Arbeitskreisen und -gruppen (AG Sucht). Dies schafft den Raum für einen interdisziplinären Erfahrungsaustausch und Informations- und Wissenstransfer. Zudem werden dort gemeinsame Positionsschreiben und Forderungspapiere an die Politik erarbeitet und weitergetragen. Wir arbeiten kontinuierlich an einer Weiterentwicklung unserer Praktiken und Nutzungsräume, bilden uns in den verschiedenen Bereichen weiter und haben dabei primär unsere Adressat:innen im Blick oder dienen ggf. als Sprachrohr, insofern wir diese Menschen nicht aktiv mit einbinden können.

Unter den regelmäßigeren Kooperationen ist die gemeinsame aufsuchende Arbeit mit Vista hervorzuheben. Einmal im Monat wird eine gemeinsame Runde mit einer Kollegin von der Beratungsstelle Misfit durchgeführt. Auf diese Weise können viele unserer Adressat:innen direkt Informationen erhalten und bestenfalls sogar schneller einen Termin vereinbaren. Anzumerken ist, dass wir auch Adressat:innen ohne Leistungsanspruch bei einer Entgiftung oder Substitution unterstützen konnten (z.B. über die Clearingstelle

für nicht-krankenversicherte Menschen). Hier betonen wir die Wichtigkeit von sicheren Konsumräumen, niedrigschwelligen Beratungsangeboten, die den sicheren Konsum fördern (Safer Use) und Angeboten in verschiedenen Sprachen. Da es sich bei Sucht auch um ein psychosoziales Problem handelt, sind wir der Ansicht, dass die Kriminalisierung keine Lösung ist und nur zu Ausgrenzung und Stigmatisierung führt.

## Psychische Gesundheit

Im Jahr 2022 hatten wir vermehrt mit Menschen mit gravierenden psychischen Auffälligkeiten zu tun. Dies ist teilweise, aber nicht nur, auf den steigenden Drogenkonsum, steigende Lebenshaltungskosten, Ausgrenzungserfahrungen und daraus resultierende Vereinsamung zurückzuführen.

Wir waren häufig damit konfrontiert, dass das Gesundheitssystem und die Hilfsstrukturen unzureichend ausgebaut und ausgestattet sind. Das System ist oft nicht darauf ausgerichtet, Menschen in schwierigen psychischen Zuständen und mit multiplen Problemlagen (wie Sucht, Wohnungslosigkeit, Diskriminierung usw.), zu unterstützen und zu versorgen. Aus dem Grund haben wir uns 2022 intensiver mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst Friedrichshain-Kreuzberg ausgetauscht und vernetzt. Leider kommt auch hier das bestehende System in vielen Fällen an seine Grenzen, da diese Personengruppe schlichtweg nicht mitgedacht wird (der Fokus der Politik liegt natürlich auf der Wähler:innenschaft. Unsere Zielgruppe kriegt daher wenig Gehör). Dies mündet darin, dass wir vermehrt Menschen antreffen, die von vielen Angeboten ausgeschlossen sind oder in den psychiatrischen Einrichtungen schwer traumatisiert wurden. Als Straßensozialarbeiter:innen mit einer Menschenrechtsprofession versuchen wir, diese Menschen im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterhin zu unterstützen und zu begleiten. Leider sind auch wir am Ende oft hilf- und ratlos. Wir fordern ein breiter aufgestelltes Gesundheitssystem, welches alle Lebensrealitäten abbildet und passender

danach ausgerichtet ist, Menschen in psychischen Notlagen aufzufangen und ihnen zu helfen. Wir brauchen eine ganzheitliche Versorgung und Einrichtungen, die mit Menschen mit komplexen Problemlagen und schweren psychischen Auffälligkeiten arbeiten können.

## Vernetzung und Bildungsarbeit

Im Jahr 2022 haben wir unsere Vernetzungsarbeit weiter intensiviert. Im Rahmen dessen haben wir uns mit verschiedenen Einrichtungen und Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft und Politik, sowohl im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, als auch bezirksübergreifend, getroffen. Hierbei soll sowohl über die Situation im Bezirk gesprochen werden, als auch ein Austausch stattfinden über mögliche Gestaltungsräume und Kooperation. Weiterhin sind wir im Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg aktiv, wo wir die Perspektive von Straßensozialarbeit einbringen und die Interessen von wohnungslosen Menschen im Bezirk vertreten.

Im Rahmen dessen haben wir im Sommer an zwei Tagen unter dem Titel Ich sehe die Menschen, die obdachlos sind – wie kann ich unterstützen? einen eigens konzipierten Workshop für Anwohner:innen und Mitarbeiter:innen unterschiedlicher Einrichtungen im Kiez, wie z.B. den Nachbarschaftshäusern, durchgeführt. Der Workshop stieß auf großes Interesse, war gut besucht und wir haben eine positive Resonanz bekommen. Wir sehen großen Aufklärungsbedarf bei dem Thema Wohnungslosigkeit und werden im Jahr 2023 ähnliche und vertiefende Workshops durchführen.

Das Jahr 2022 war für unsere politische Arbeit erfolgreich. Am Anfang des Jahres haben wir uns mit Vertreter:innen des Amts für Soziales und dem Sozialstadtrat Oliver Nöll ausgetauscht. Das Treffen hat uns ermöglicht, unsere Arbeit persönlich zu präsentieren. Im Juli 2022 hatten wir die Gelegenheit, die neue Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Katja Kipping kennenzulernen. Wir haben unsere Arbeit vorgestellt und die täglichen Herausforderungen in unserer Tätigkeit geschildert, wie zum Beispiel die Situation

von Menschen ohne Leistungsansprüchen und/oder Krankenversicherung oder Menschen mit psychischen Krankheiten oder Suchtproblematik. Danach hat uns Frau Kipping bei einem Rundgang im Wrangelkiez begleitet, bei dem sie die Situation vor Ort persönlich erlebte und mit einigen Adressat:innen ins Gespräch kam.

## CoLab und Görlitzer Park

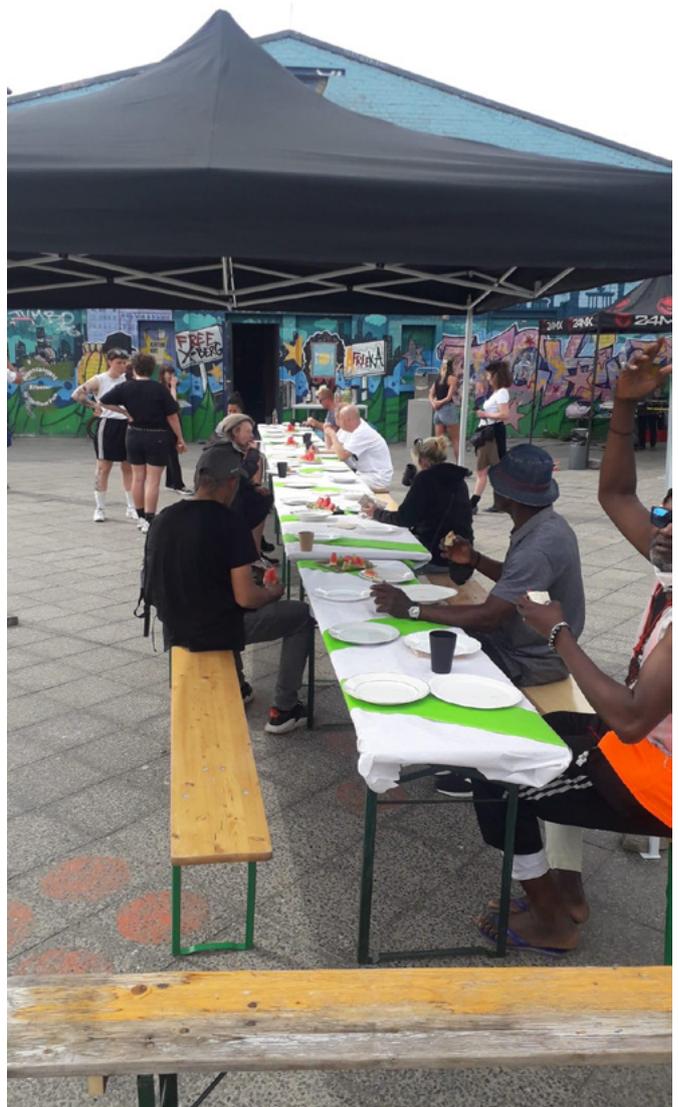
Zum Jahresende 2022 haben wir mit großer Freude erfahren, dass das CoLab im Görlitzer Park weiterfinanziert wird. Auch wenn die Adressat:innengruppe des CoLabs primär junge Menschen sind, wird dieser Ort auch von unseren Adressat:innen gut besucht. Viele wohnungslose Menschen haben an zahlreichen Aktivitäten im CoLab – z.B. Konzerte, Veranstaltungen, Community Dinner, usw. – teilgenommen.

Sie finden dort Zuflucht, Zugehörigkeit oder können ganz simpel von den täglichen Strapazen bei einem Kaffee oder Tee zur Ruhe kommen. Unsere Präsenz im CoLab hat uns geholfen, die Beziehungen zu unseren Adressat:innen zu halten und zu intensivieren. Das CoLab hat sich als ein Ort etabliert, an dem sich unsere Adressat:innen willkommen fühlen und Hilfe bekommen können. Die kleine Kleiderkammer im CoLab wurde von vielen wohnungslosen Menschen gut genutzt. Im kommenden Jahr haben wir vor, unsere Arbeit mit dem CoLab auszuweiten und regelmäßige Aktivitäten, z.B. Kochen oder Filmabende, anzubieten.

► *Community Dinner auf der Terasse des CoLabs.*



► *Katja Kipping besucht unsere Drop Out Teams im CoLab Görlitz.*



# 08

## Überregionales Clearing & „Dispatching“

von Axel Illesch<sup>3</sup>

Auch im Jahr 2022 habe ich ca. 100 Anfragen/Meldungen/Hinweise von Anwohner:innen, Hausverwaltungen, Bezirksämtern, Baufirmen, Behörden, Kolleg:innen o.ä. bearbeitet. Diese bezogen sich auf bereits obdachlose, wie auch von Obdachlosigkeit betroffene Menschen. Die Arbeit gliederte sich in 4 Schwerpunkte, die ungefähr jeweils ein Viertel der Anfragen umfassten.

1. telefonische Beratung von Bürger:innen, Verwaltungen oder Behörden
2. aufgrund der Hinweise: aufsuchende Sozialarbeit/Streetwork im gesamten Stadtgebiet
3. Case-Management bei Adressat:innen mit multiplen Problemkomplexen
4. intensive Einzelfallarbeit/Begleitung

Die Adressat:innen waren überwiegend deutscher Nationalität und männlich. Auffällig in diesem Jahr war, dass mehr junge Menschen bis 30 Jahre von Wohnungsproblemen betroffen waren. Schwerpunkt war aber weiterhin die Altersgruppe zwischen 40 und 60 Jahren. Außerdem war eine Häufung von Problemen mit älteren Personen zu verzeichnen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt waren (Rollstuhl) und auch einen hohen Grad der Pflegebedürftigkeit hatten. Hier stößt die Streetwork eindeutig an ihre Grenzen, da schon ein Transport

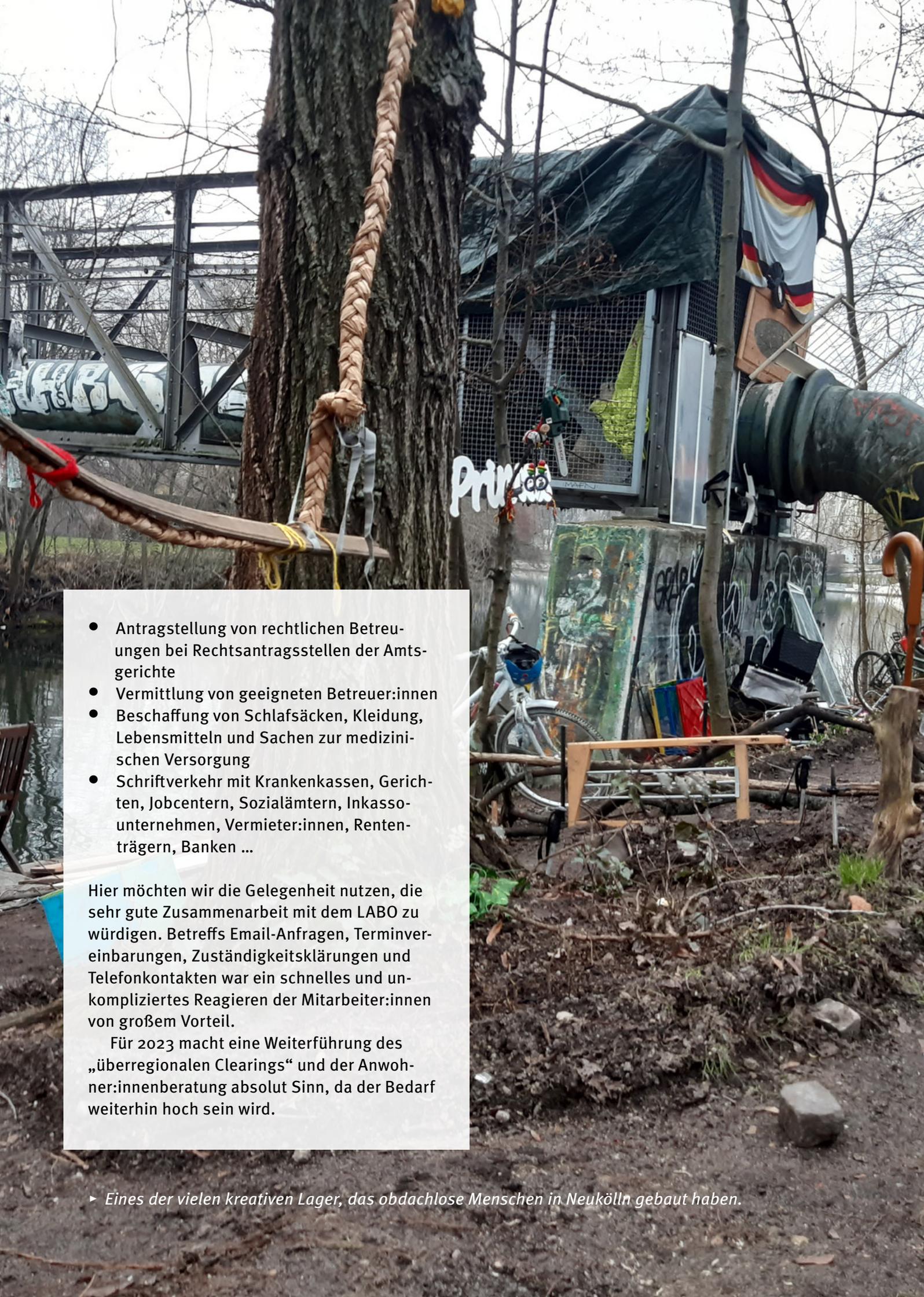
an die entsprechenden Stellen, wie Einwohner:innenmeldeamt oder das LABO nur schwer möglich ist.

Die Arbeit konzentrierte sich eher auf die Berliner Außenbezirke. Wir arbeiteten auch mit verschiedenen Gangway-Jugendteams und auch den anderen Drop-out-Teams zusammen, schwerpunktmäßig mit dem Drop Out Team Neukölln.

Bemerkenswert war wiederum, dass viele Adressat:innen psychische Auffälligkeiten hatten. Es zeigte sich, dass viele gar nicht in der Lage waren, ihre Angelegenheiten zu regeln.

Hier eine Auswahl meiner Unterstützungsangebote:

- Beschaffung von Terminen beim LABO und verschiedenen Bürger:innenämtern und Begleitung der Adressat:innen
- Begleitung zu Jobcenter oder Sozialamt
- Antragstellung für Rente oder anderen Leistungsbezug
- Antragstellung für Unterbringung in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
- Vermittlung bei Problemen mit Vermieter:innen
- Wiederbeschaffung der Krankenversicherungskarte
- Besuche im Krankenhaus und in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe



- Antragstellung von rechtlichen Betreuungen bei Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte
- Vermittlung von geeigneten Betreuer:innen
- Beschaffung von Schlafsäcken, Kleidung, Lebensmitteln und Sachen zur medizinischen Versorgung
- Schriftverkehr mit Krankenkassen, Gerichten, Jobcentern, Sozialämtern, Inkassounternehmen, Vermieter:innen, Rententrägern, Banken ...

Hier möchten wir die Gelegenheit nutzen, die sehr gute Zusammenarbeit mit dem LABO zu würdigen. Betreffs Email-Anfragen, Terminvereinbarungen, Zuständigkeitsklärungen und Telefonkontakten war ein schnelles und unkompliziertes Reagieren der Mitarbeiter:innen von großem Vorteil.

Für 2023 macht eine Weiterführung des „überregionalen Clearings“ und der Anwohner:innenberatung absolut Sinn, da der Bedarf weiterhin hoch sein wird.

► *Eines der vielen kreativen Lager, das obdachlose Menschen in Neukölln gebaut haben.*

## Vernetzung & Gremien

Neben der Vernetzung mit einzelnen Trägern und Institutionen spielt auch die Gremienarbeit eine wichtige Rolle. Im Jahr 2022 waren die Drop Out-Teams in folgenden Gremien vertreten:

- AG ProstSoz
- AG EU-Zuwanderung
- AK City
- AG Straße Mitte
- AG Mobile Neukölln
- AK Stricher
- AK Wohnungsnot
- AG Sucht Friedrichshain-Kreuzberg
- PLLB – Netzwerktreffen polnischer Berater\*innen
- Fairplay im Park
- Orga-Team der Bundesweiten Fachtagung Erwachsenen Streetwork FEST18+
- Netzwerkrunde aufsuchende Suchthilfe Neukölln
- Runder Tisch Görlitzer Park
- Paritätische Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe
- uAG PG Wohnungslose und psychisch erkrankte Menschen
- AG Kältehilfe Entwicklung
- AG Alexanderplatz
- AG Soziales Dorf
- Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg

► *Lastenrad als Infotafel auf einem Stadtteilst.*



# 10

## Statistik

Im Folgenden stellen wir die Statistiken für das Jahr 2022 vor. Wie im Jahr 2021 gibt es insgesamt 11 Kategorien, welche die im Jahr geleistete Arbeit quantitativ darstellen:

- [Alter](#)
- [Geschlechterverteilung](#)
- [Staatsangehörigkeit](#)
- [Menschen mit Fluchterfahrung](#)
- [Problemlagen](#)
- [Unterkunftssituation](#)
- [Wohnungsnotfall](#)
- [Krankenversicherung](#)
- [Einkommensituation](#)
- [Leistungserbringung](#)
- [Zielerreichung](#)

**2.276**

Personen haben wir im Jahr 2022 erreicht  
und damit 164 Personen mehr als im Vorjahr  
Das entspricht einem Anstieg von:

  
**+7,8%**

Der seit Februar 2022 tobende Krieg in der Ukraine und die durch diese Situation verursachte Fluchtbewegung spiegelt sich in unseren Zahlen wieder. Ein Beispiel: Der Anteil der Adressat\*innen mit deutschem Pass sowie aus dem EU-Ausland sank ab. Dagegen verzeichneten wir einen Anstieg bei Personen aus europäischen Nicht-EU-Ländern und anderen Ländern außerhalb Europas.

Die Daten in diesen Statistiken sind wie immer anonymisiert.

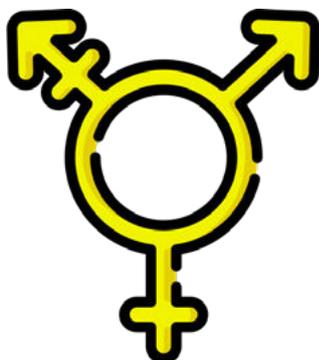
## Auf einen Blick

**78%**

der Menschen, mit denen wir arbeiten, sind zwischen 30 und 55 Jahre alt.

Hatten wir 2020 noch 2 diverse Adressat\*innen, so sind es 2022 bereits:

**19**



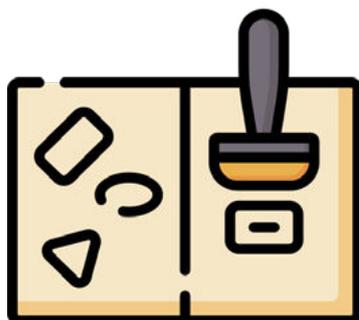
**Drei Viertel**

unserer Adressat\*innen sind männlich.

Diese Werte (76% zu 24%) sind seit Jahren stabil.

**53%**

der Menschen, mit denen wir arbeiten, haben keine deutsche Staatsbürgerschaft und somit nur sehr wenige bis keine Ansprüche im Hilfesystem.



**61%**

haben keine Krankenversicherung.

**Etwas mehr als die Hälfte**

der Adressat\*innen haben ein **anerkanntes Bleiberecht in Berlin, einem anderen Bundesland oder in einem anderen EU-Staat.**

Dagegen sind mind. 45% nicht anerkannt, wovon knapp 30% wiederum nicht einmal registriert sind und sich unter dem Radar bewegen.



**42%**

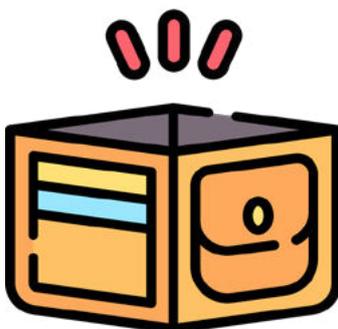
hatten gesundheitliche Probleme.

**71%** sind von Wohnungslosigkeit betroffen.

**9 von 10** Adressat\*innen sind in einer prekären Wohnsituation.



**Zwei Fünftel** haben kein Einkommen.



**30%** beziehen Leistungen nach SGBII/ALII/Sozialgeld.

Hatten 2020 noch 56% der Adressat\*innen Probleme beim Umgang mit Behörden, so waren es 2022 bereits:

**74%**



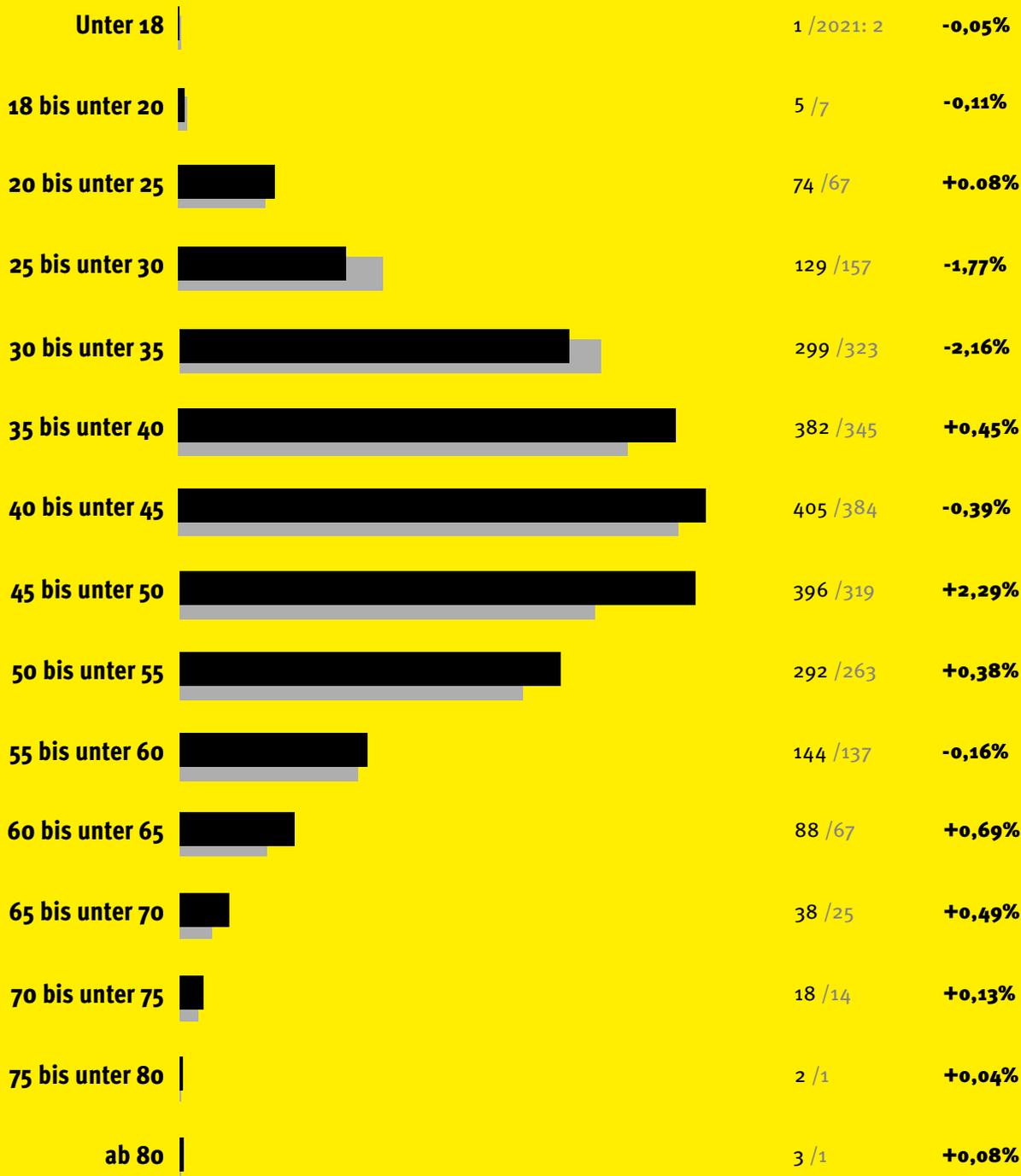
**Fast drei Viertel** unserer Adressat\*innen haben eine Suchtproblematik



**28%** der Adressat\*innen konnten nicht ausreichend für ihre Hygiene sorgen.

**70%** fehlen persönliche Sozialkontakte.

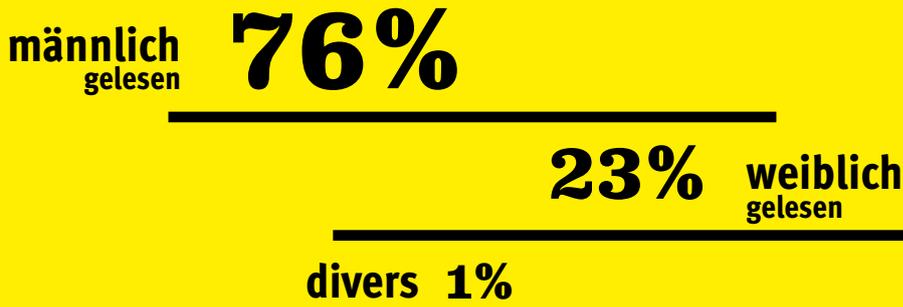
# Alter



Die Altersverteilung hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

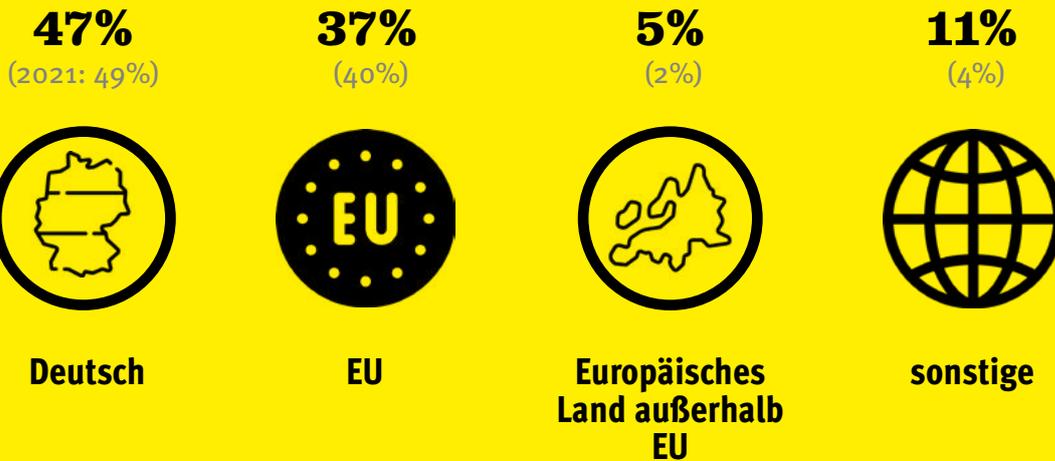
**78% der 2022 erreichten Adressat\*innen waren zwischen 30 und 54 Jahre alt.** Knapp 13% waren 55 und älter und nicht einmal 10% waren unter 30. Wir arbeiten also hauptsächlich mit Menschen zwischen dem frühen und mittleren Erwachsenenalter.

Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Altersgruppe 45 bis unter 55 innerhalb der letzten zwei Jahre am meisten gewachsen ist. Dagegen sinkt der Anteil der jüngeren Altersgruppen bis 34 seit zwei Jahren stetig.



Bei der Geschlechterverteilung haben wir die Personen nicht immer auf der Basis ihrer Selbstdefinition erfasst, sondern nur durch unsere Selbsteinschätzung.

Die absolute Anzahl der männlich bzw. weiblich gelesenen und diversen Adressat\*innen ist 2022 anteilig zur Gesamtzahl der Kontakte gestiegen. **Das prozentuale Verhältnis ist wie im Vorjahr:** 76% waren männlich gelesen, 23% weiblich gelesen und 1% divers.



Im Jahr 2022 besaß etwas mehr als die Hälfte unserer Adressat\*innen keinen deutschen Pass (53%). Innerhalb dieser Gruppe sank der Anteil der Personen aus EU-Ländern (37%) von 2021 zu 2022 um 3%, während der Anteil der Personen aus europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union im gleichen Zeitraum um 3 % anstieg. Auch die Zahl der Personen aus sonstigen Ländern verdoppelte sich zum Vorjahr fast und machte in diesem Jahr 11% der Gesamtzahl aus.

Wir vermuten, dass dieser Anstieg zum Teil auf die kriegsbedingte Abwanderung von Menschen aus der Ukraine (sowohl ukrainische als auch nicht-ukrainische Staatsangehörige) zurückzuführen ist. Im Berichtsjahr hatten wir zudem Kontakt zu drei Personen ohne festgelegte Staatsbürgerschaft, was teilweise auf bürokratischen Widersprüchen beruhte.

# Menschen mit Fluchterfahrung



Insgesamt hatten wir Kontakt zu 170 Menschen mit Fluchterfahrung (17 mehr als im Jahr 2021). Dieses leichte Wachstum lässt sich zum Teil durch die Fortsetzung unserer Arbeit im Görlitzer Park und die direkte Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Wrangelkiez zurückführen.

**Ein Drittel der Adressat\*innen mit Fluchterfahrung ist nicht registriert.** Etwas mehr als die Hälfte ist anerkannt und hat entweder

ein Bleiberecht in Berlin (22%), einem anderen Bundesland (25%) oder EU-Land (5%). Am stärksten stieg der Anteil der Menschen mit Bleiberecht in Berlin, im Vorjahr waren es noch knapp 10%.

Vermutlich begründet sich dieser Anstieg mit der Ankunft geflüchteter Menschen aus der Ukraine und den bereitgestellten Hilfen, die Asylbewerber\*innen aus den anderen Ländern nicht in gleicher Weise zuteilwurden.

# Problemlagen



**89%** | 2021: 92%  
Wohnsituation



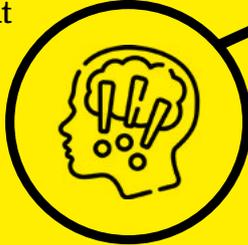
**74%** | 65%  
Umgang mit  
Behörden

**70%** | 60%  
Soziale  
Kontakte



**66%** | 71%  
materielle  
Absicherung

**64%** | 63%  
Sucht



**52%** | 52%  
migrations-  
spezifische  
Probleme

**36%** | 38%  
Arbeit/  
Ausbildung



**42%** | 36%  
Gesundheit

**13%** | 17%  
Schulden



**33%** | 41%  
psychosoziale  
Stabilität



**28%** | 19%  
Hygiene

**12%** | 8%  
Gewalterfahrung



**6%** | 6%  
Strafrechtliche  
Situation

**0,3%** | 0,5%  
Schwanger



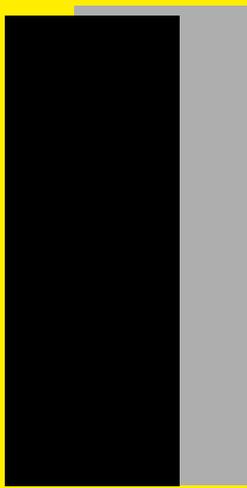
**6%** | 3%  
Gewalt-  
bereitschaft

Um unsere Adressat\*innen passgenau zu unterstützen, identifizieren wir vor allem durch Gespräche aber auch durch Beobachtungen ihre Problemlagen. Die Problemfelder sind nach ihrer Häufigkeit in der Grafik sortiert. Im Vergleich zum Jahr 2021 hat sich die Reihenfolge an einigen Stellen verändert.

Interessanterweise ist in absoluten Zahlen zwar ein leichter Anstieg der Problemlage Wohnsituation zu verzeichnen, allerdings hat sich der prozentuale Anteil zur Gesamtzahl der Adressat\*innen um fast 3% im Vergleich zum Jahr 2021 verringert. **Trotzdem betrifft dieses Problem immer noch fast 89% unserer Adressat\*innen!**

**Einen erheblichen Anstieg verzeichneten wir beim Umgang mit Behörden, nämlich um 9%.** Nicht verwunderlich, denn wir konnten feststellen, welche Schwierigkeiten viele unserer Adressat\*innen mit Terminbuchungen, Öffnungszeiten, Wartezeiten, telefonischer Erreichbarkeit oder Übersetzungen hatten.

Ebenfalls stiegen Problemlagen bezüglich sozialer Kontakte (um 10% zum Vorjahr) sowie gesundheitliche Probleme (um 5%). Vermutlich spielt die Zunahme von Adressat\*innen mit Migrations- und Fluchtbiografien eine wichtige Rolle bei diesem Anstieg, da viele von ihnen keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Auch die Hygieneprobleme nahmen um 10% zu, was zum Teil auf den Mangel an öffentlichen Toiletten und Sanitäranlagen zurückzuführen ist. Schließlich stellten wir eine Zunahme der Gewalterfahrungen unserer Adressat\*innen fest, sowohl der direkten (Schläge, Beleidigungen oder Raub) als auch der strukturellen. Ein relevanter Aspekt ist die ständige Kriminalisierung einiger Adressat\*innen mit Migrationsbiografien durch die Polizei (Racial Profiling).



**62,3%** | 2021: 63,6%  
auf der Straße lebend



**12,5%** | 9,9%  
Wohnung



**9,7%** | 10,1%  
bei Bekannten



**5,8%** | 6,0%  
ASOG-Unterkunft



**3,7%** | 4,0%  
Wohngruppe



**3,4%** | 4,5%  
Notunterkunft



**1,1%** | 0,9%  
Ersatzunterkunft



**0,4%** | 0,7%  
Familie, Partner



**0,4%** | 0,2%  
Hotel, Pension



**0,3%** | 0,1%  
stationäre  
Sozialeinrichtung



**0,04%** | 0%  
Frauenhaus



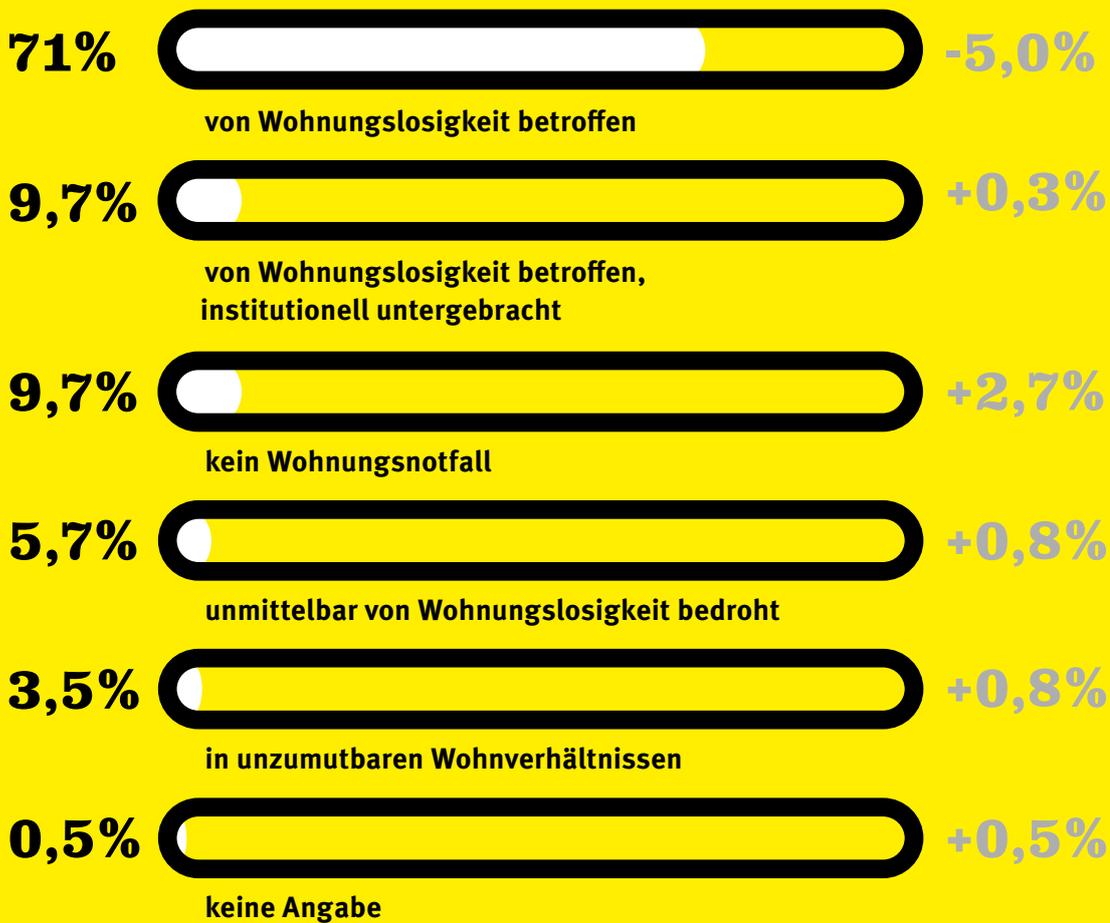
**0,3%** | 0%  
sonstige oder  
keine Angabe

Ähnlich wie 2021 lebten im Berichtsjahr etwas über 60% unserer Adressat\*innen direkt auf der Straße.

Erfreulicherweise stieg die Zahl der Personen, die Zugang zu einer Wohnung hatten, um fast 3% (74 Personen mehr als im Vorjahr).

Keine nennenswerten Veränderungen haben wir bei der Anzahl der Personen festgestellt, die bei Bekannten, in ASOG-Unterkünften, in Wohngruppen, bei Familie oder Partner und in Ersatzunterkünften (Gartenlaube, Wohnwagen, Wagenburg, usw.) wohnten. Bei den Adressat\*innen, die in Hotels oder Pensionen (Selbstzahler) und in anderen stationären Sozialeinrichtungen lebten, verdoppelte bzw. verdreifachte sich die Zahl.

Es zeichnet sich ein leichter Rückgang der Personen in Notunterkünften ab (18 Personen weniger als im Vorjahr). Einige unserer Adressat\*innen erwähnen, dass es an manchen Orten schwierig ist, einen Platz zu bekommen oder dass sie aufgrund der Voraussetzungen und dem Zustand einiger Einrichtungen lieber auf der Straße schlafen.



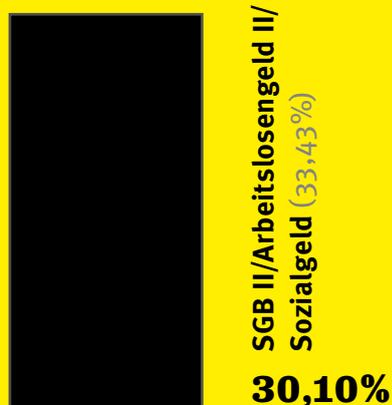
Erfreulich ist, dass die Gruppe derer, die keinen Wohnungsnotfall haben, von 7% im Jahr 2021 auf 10% in 2022 gestiegen ist.

Trotzdem heißt das letztlich, dass bei 90% unserer Adressat\*innen immer noch ein Wohnungsnotfall vorliegt. Innerhalb dieser Gruppe sank die Zahl derer, die direkt von Wohnungslosigkeit betroffen waren, zum zweiten Jahr in Folge. Bei den weiteren Kategorien verzeichneten wir dagegen leichte Zuwächse.

NEIN **60,5%**

**39,5%** JA

Im Vergleich zu 2021 hat sich der Anteil der Menschen mit bzw. ohne Krankenversicherung kaum verändert. Mehr als die Hälfte unserer Adressat\*innen war nicht krankenversichert. Für zwei Personen konnte der Versicherungsstatus nicht geklärt werden.



**Knapp 41% der erreichten Adressat\*innen hatten 2022 kein Einkommen.** Dennoch ist der prozentuale Anteil dieser Gruppe im zweiten Jahr in Folge gesunken ist.

Die größte Gruppe mit Einkommen entfällt mit 30 % auf die Empfänger\*innen von Hilfen nach SGB II bzw. ALG II oder Sozialgeld, wobei auch diese Gruppe prozentual im Vergleich zum Vorjahr um knapp 3% geschrumpft ist. Dagegen ist die Gruppe der Menschen mit weiteren Einnahmen (z.B. Flaschensammeln, Zeitungsverkauf oder Ausbeutung bzw. prekäre Arbeit) zum zweiten Mal in Folge um 3 Prozent gestiegen und liegt 2022 bei knapp 21%.

Einen leichten Anstieg verzeichneten wir bei Menschen in Erwerbstätigkeit sowie mit Rente.

Obwohl die Menschen mit Hilfen nach SGB XII sowie auch mit sonstiger öffentlicher Unterstützung nur jeweils einen bzw. zwei Prozent an den Gesamtkontakten ausmachten, fiel hier dennoch auf, dass sich deren Anteil im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt bzw. verdreifacht hat.

# Leistungserbringung

**8.722**

Anzahl der Beratungen

**1.662**

Anzahl Klient\*innen vermittelt an/  
in Soziale Dienste/Institutionen/  
Einrichtungen

**348**

Anzahl geleisteter Barbeihilfen/  
Verfügungsmittel (Passfotos/  
Fahrscheine o.ä.)

**143**

Anzahl der Begleitungen

**133**

Anzahl begleiteter Klient\*innen

**34**

Anzahl Klient\*innen vermittelt an/in  
Angebote des Gesundheitssystems

**4**

Anzahl Vermittlungen von Hilfen  
zur Rückkehr ins Heimatland/  
Weiterwanderung

**9**

Anzahl Vermittlungen wegen Um-  
setzung von Ansprüchen auf SGB  
II-/SGB XII-Leistungen

**2**

Anzahl Vermittlungen an ord-  
nungsrechtliche Unterbringung

**2**

Anzahl Klient\*innen vermittelt an  
Fachdienste für Arbeit/Beschäfti-  
gung/Qualifizierung

**Der Anstieg der Adressat\*innen im Jahr 2022 führte folglich zu einer höheren Zahl von Beratungen. Im Vergleich zu 2021 stieg die Zahl der Beratungen um 203.**

Rund 73% unserer Adressat\*innen vermittelten wir an Soziale Dienste, Institutionen und Einrichtungen und damit etwa 5% mehr als 2021.

Obwohl die Zahl der Begleitungen und der begleiteten Adressat\*innen um 7% bzw. 6% gesunken ist, haben wir mehr etwa 2% mehr Barbeihilfen (wie Passfotos, Fahrkarten u.a.) geleistet. Dies ließe sich möglicherweise durch die Zunahme der Vermittlungen erklären. Auch der Preissteigerung infolge des Kriegs in der Ukraine könnte eine wichtige Rolle gespielt haben.

Auffällig ist der Rückgang der Vermittlungen zu Angeboten des Gesundheitssystems um 5%. Diese Veränderung kann mit der Lockerung der Maßnahmen bei der Corona-Pandemie und einer geringeren Vermittlung an Corona-Impfstellen zusammenhängen. Die Zahl der Vermittlungen wegen Umsetzung von Ansprüchen auf Leistungen nach SGB II und SGB XII war fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. Ansonsten gibt es keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr.

**402**

Anzahl Klient\*innen vermittelt  
an/in Soziale Dienste/  
Institutionen/Einrichtungen

**32**

Anzahl Klient\*innen vermittelt  
an/in Angebote des  
Gesundheitssystems

**28**

Anzahl Klient\*innen vermittelt  
wegen Ansprüchen auf  
SGBII-/XII-Leistungen

**17**

Anzahl Klient\*innen vermittelt in  
eine ordnungsrechtliche  
Unterbringung

**4**

Anzahl Klient\*innen vermittelt  
an/in Angebote gem. SGB VIII

**2**

Anzahl Klient\*innen vermittelt an  
Fachdienste für Arbeit/  
Beschäftigung/Qualifizierung

**2**

Anzahl Vermittlungen an Hilfen  
zur Rückkehr ins Heimatland/  
Weiterwanderung

**1**

Anzahl vermittelt eines Versiche-  
rungsstatusses bei einer KK

Diese Aufstellung zeigt die Anzahl der Adressat\*innen, die erfolgreich die Stellen erreicht haben, an die sie übermittelt wurden. Dies lässt sich feststellen, wenn es nach den Vermittlungen zu erneuten Begegnungen mit den Adressat\*innen kommt.

**Insgesamt gab es im Jahr 2022 488 erfolgreiche Vermittlungen, was etwa 22% unserer gesamten Adressat\*innen entspricht.** Dieser Anteil betrug im Vorjahr noch 33% und ist damit gesunken. Den größten Anteil hatten mit 82% die Adressat\*innen, die an bzw. in Soziale Dienste, Institutionen und Einrichtungen vermittelt wurden, obwohl dieser Anteil seit zwei Jahren rückläufig ist. (So waren es 2020 noch fast 89% der erfolgreich vermittelten Adressat\*innen.) Ebenfalls sanken die die erfolgreichen Vermittlungen in Gesundheitssystem um 4%, dennoch machen diese Vermittlungen mit fast 7% den zweitgrößten Anteil der Gesamtzahl der erfolgreichen Vermittlungen aus.

Die drittgrößten Anteil mit 6% und damit 5% mehr als im Vorjahr haben die erfolgreichen Vermittlungen wegen Ansprüchen auf SGBII/XII-Leistungen.

In den weiteren Kategorien gab es keine nennenswerten Veränderungen.

# 11

## Ausblick 2023

Das Jahr 2023 bringt viele bisher ungeklärte Fragen für obdachlose Menschen und die Straßensozialarbeit mit sich.

Es ist geplant, das Vorhaben aus dem Masterplan 2030, die Installation sog. Safe Places, nun in die Tat umzusetzen. Die Pläne hierfür sind in manchen Bezirken schon weit vorgeschritten. In die Erarbeitung geeigneter Konzeptionen ist Gangway e.V. bisher jedoch nicht involviert. Geplant wird von Menschen, die in Behörden sitzen und aufgrund dessen mit Sicherheit nicht den gleichen Einblick in die Lebenswelt obdachloser Menschen haben. Sieht man sich die Diskussion derzeit an, lässt sich feststellen, dass die Bedarfe obdachloser Personen diesbezüglich offensichtlich auch keine Priorität genießen. Es geht vielmehr um die Bedarfe von Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Ordnungs- und Grünflächenämtern usw. – wie sich dies weiter entwickelt bleibt abzuwarten.

Auch die Housing-First-Projekte müssen betrachtet werden. Dieser begrüßenswerte Ansatz steckt momentan noch in den Kinderschuhen. Für Adressat\*innen der Straßensozialarbeit ist dies bisher kaum ein Angebot von Relevanz, da die Kapazitäten bei Weitem nicht ausreichend sind. Das Projekt der Stadtmission und der Neuen Chance, das für alle zugänglich ist, hat derzeit eine Anfrageliste, auf der mehr als 600 Personen stehen. In den

ersten vier Jahren des Projektes konnten insgesamt 40 Personen mit Wohnraum versorgt werden. Es lässt sich leicht errechnen, welche Kapazitäten notwendig wären, um allein diese Liste abzuarbeiten, wobei noch berücksichtigt werden muss, dass der Bedarf mit Sicherheit deutlich höher ist als die derzeitige Anfrageliste. Aufgrund der langen Wartezeiten ist Housing First für die Straßensozialarbeit daher bisher kein praktikables Angebot.

Um die Konzeptionen des Masterplans 2030 genauer zu analysieren, wird im Sommer ein Drop Out-Team einen Fachkräfteaustausch mit Kalifornien/USA durchführen und sich die Bausteine dieses Masterplans dort ansehen, wo sie entwickelt wurden – Housing First und Safe Places werden dort nämlich schon länger praktiziert.

Es zeigt sich, dass es in Zukunft viele Aufgaben für die Gesellschaft und den Berliner Senat geben wird, um der Wohnungslosigkeit in der Hauptstadt zu begegnen. Wer hierfür dann Verantwortung tragen wird, bleibt auch noch eine offene Frage, da die Wahlen zum Abgeordnetenhaus aufgrund der „Pannwahl 2021“ wiederholt werden muss und daraus ein neuer, anderer Senat resultieren könnte.

Die Straßensozialarbeit wird all dies genau beobachten und sich mit ihrer Expertise im Interesse obdach- und wohnungsloser Menschen in Diskussionen zum Thema einbringen.



► Ein Aufkleber mit Anspruch.

# 12

## Allgemeine Angaben

### DROP OUT FOCUS

Büro:

Conrad-Blenkle-Straße 1, 10407 Berlin

Mail: dropout-focus@gangway.de



**Andreas Abel**, Diplom-  
Sozialpädagoge/Sozialarbeiter,  
Mobil: 01578 2830232



**Philip Moninger**,  
B.A. Soziale Arbeit,  
Mobil: 01578 2830235



**Stefanie Seewald**, Diplom-  
Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin,  
Mobil: 01578 2830234

#### Präsenzzeiten

**Montag:** 13–16 Uhr Ostbahnhof (und Umgebung), Rundgang

April bis Oktober: 18 - 22 Uhr Bahnhof  
Zoo, mit Beratungsbuss

November bis März: 17 – 20 Uhr Bahnhof  
Zoo (und Umgebung), Rundgang

**Dienstag:** 17 – 18:30 Uhr Fußballtraining  
Ocker-Beige Berlin

**Mittwoch:** 13 – 16 Uhr Ostbahnhof (und Umgebung) Rundgang | 17 – 20 Uhr Bahnhof Zoo (und Umgebung), Rundgang

**Donnerstag:** 14 - 17 Uhr Bahnhof Zoo (und Umgebung), Rundgang

**Freitag:** Nach Bedarf

#### Sprachkenntnisse

Deutsch  
Englisch

### DROP OUT MITTE

Büro:

Schumannstraße 5, 10117 Berlin

Mail: dropout-mitte@gangway.de



**Julia Schenker**,  
B.A. Soziale Arbeit,  
Mobil: 01578 2830238



**Sarah Kienreich**,  
B.A. Soziale Arbeit,  
Mobil: 0176 56798265



**Tino Kretschmann**, Diplom-  
Sozialpädagoge/Sozialarbeiter,  
Mobil: 0176 15283020

#### Präsenzzeiten

**Montag:** 13 – 16 Uhr Alexanderplatz und Umgebung

**Dienstag:** 12 – 15 Uhr Hauptbahnhof und Umgebung

**Mittwoch:** 13 – 16 Uhr Alexanderplatz und Umgebung | 17 – 20 Uhr Kurfürstenkiez (Kurfürstenstraße Ecke Frobenstraße)

**Donnerstag:** 20 – 23 Uhr Kurfürstenkiez (Kurfürstenstraße Ecke Frobenstraße)

**Freitag:** nach Bedarf

#### Sprachkenntnisse

Deutsch  
Englisch

## DROP OUT NEUKÖLLN

Büro: Lahnstraße 25, 12055 Berlin  
Mail: dropout-neukoelln@gangway.de



**Cengiz Tanriverdio**, Diplom-  
Sozialpädagoge/Sozialarbeiter,  
Mobil: 0157 82830239



**Tabea Lenk**,  
B.A. Soziale Arbeit,  
Mobil: 0176 85636925



**Sasa Djekic**,  
B.A. Sozialpädagoge/Sozial-  
arbeiter; Kultur, Ästhetik,  
Medien i.A. (Master),  
Mobil: 0176 60168016

### Präsenzzeiten des Teams

**Montag:** Rundgang Hermannstraße und  
S+U Neukölln und Umgebung

**Dienstag:** Rundgang Hermannplatz, Hasen-  
heide und Umgebung

**Mittwoch:** Rundgang Hermannstraße, Ha-  
senheide und Umgebung

**Donnerstag:** Rundgang S+U Neukölln, Ha-  
senheide und Umgebung

**Freitag:** nach Bedarf

### Sprachkenntnisse

Deutsch  
Englisch  
Türkisch  
Serbo-Kroatisch

## DROP OUT XHAIN

Büro: Waldemarstraße 57, 10997 Berlin  
Mail: dropout-xhain@gangway.de



**Zuza Maczynska**, B.A. Soziale  
Arbeit (laufend), M.A. in Trans-  
cultural European Outdoor Stu-  
dies, Mobil: 0151 71 24 54 76



**Alicja Schock**,  
B.A. Soziale Arbeit,  
Mobil: 0176 57 85 12 35



**Jehan el Rhomri**  
B.A. Soziale Arbeit, Kulturelle  
Anthropologie, Außereuropäi-  
sche Soziologie und Agrar-  
wissenschaften (Diplom)  
Mobil: 01578 2830236



**Stephan Moore**  
B.A. Soziale Arbeit, M.A. Inter-  
cultural Conflict Management  
Mobil 0162 7500857



**Matti Jaiteh** (ausgeschieden)  
B.A. Soziale Arbeit

### Präsenzzeiten des Teams

**Montag:** Friedrichshain Nord

**Dienstag:** Kreuzberg 36

**Mittwoch:** Kreuzberg 61

**Donnerstag:** Friedrichshain Süd, Görlitzer Park

**Freitag:** nach Bedarf

### Sprachkenntnisse

Deutsch, Englisch, Russisch, Polnisch,  
Arabisch/Darija, Französisch, Portugie-  
sisch, Spanisch

## DROP OUT SPREE



**Axel Illesch**,  
Diplom-Sozialarbeiter/-pädagogin,  
Mobil: 0157 82830233



**Manja Piotrowski**,  
Diplom-Sozialarbeiterin/-pädagogin  
Mobil: 0157 82830231

## Endnoten

1 | Sprecher für Digitalisierung, Verwaltung und Bezirke der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus: Unterbringung von wohnungslosen Menschen nach ASOG, Berlin 2020, <https://stefan-ziller.eu/2020/unterbringung-nach-asog/>, 1.02.2022

2 | <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/berlin-fluechtlinge-kapazitaeten-101.html>, 23.10.2022

3 | Dispatch (engl. u.a. für „etwas erledigen“)

Alle Icons in diesem Bericht stammen von [Flaticon.com](https://flaticon.com).

Alle Bilder aus diesem Bericht stammen vom Gangway-Kollegium.

Herausgeber:

**Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.**

Schumannstraße 5

10117 Berlin

info@gangway.de

030 283023-0



## Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.

#streetwork

#mitwohnungslosen

#2022

Schumannstraße 5 | 10117 Berlin

Telefon: 030 283023-0

Fax: 030 283023-19

E-Mail: [info@gangway.de](mailto:info@gangway.de)

[www.gangway.de](http://www.gangway.de)



**Durchklicken statt durchdrehen:**



[@gangwaydropoutfocus](https://www.instagram.com/gangwaydropoutfocus)

[@dropoutxhaingangway](https://www.instagram.com/dropoutxhaingangway)

[@gangwaydropoutmitte](https://www.instagram.com/gangwaydropoutmitte)

